



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Christoph Kuert begrüsst die Anwesenden zur 2. Sitzung dieses Jahres. Nach dem schweren Erdbeben in Haiti im Januar sei nun auch Chile am 27. Februar 2010 von einem schweren Beben heimgesucht worden. Im Namen des Stadtrates versichere er dem chilenischen Volk volle Anteilnahme.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **3** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Stadtratspräsident Christoph Kuert wünscht den aus gesundheitlichen Gründen fehlenden Ratskollegen Fritz Fiechter und Rudolf Lanz im Namen des Stadtrates gute Besserung. In diesem Zusammenhang habe er dem Stadtrat Grüsse vom ehemaligen Gemeindepräsidenten von Untersteckholz, Richard Schädegg, auszurichten. Richard Schädegg habe sich am 12. Januar 2010 und somit am Tag nach dem Willkommensapéro in Untersteckholz am 11. Januar 2010 einer schweren Rückenoperation unterziehen müssen. Nach einem längeren Rehabilitationsaufenthalt in der Klinik gehe es ihm besser. Auch Stadtrat Fritz Fiechter lasse dem Parlament durch ihn Grüsse ausrichten. Stadtrat Fritz Fiechter sei momentan gesundheitlich zu schwach, um die politische Tätigkeit wieder aufzunehmen, freue sich aber, wieder mitmachen zu können.

Unter den Vertreterinnen und Vertretern der Presse befinde sich heute ein Aufnahmeteam von Schweiz Aktuell sowie ein Journalist von Radio DRS.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse"; Erlass

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Ausbaumassnahmen an der Bützbergstrasse sowie auch an der Ringstrasse würden diverse Überbauungsordnungen erfordern. Das Gebiet umfasse einen relativ grossen Perimeter, weshalb drei verschiedene und nicht nur eine Überbauungsordnung ausgearbeitet worden seien. Zwei davon seien vom Stadtrat bereits am 15. Juni 1998 genehmigt worden. Namentlich handle es sich dabei um die Überbauungsordnung Nr. 27 "Bützbergstrasse", die den Teil vom Dreilindenkreisel bis zum Kreisel des Lindenhofs abdecke und die Überbauungsordnung Nr. 29 "Ringstrasse", die den Teil vom Kreisel des Lindenhofs bis zum "Anlikerkreisel" umfasse. Der jetzt noch fehlende Teil sei der Teil bis zum Industrieplatz, der nun mit der Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse" abgedeckt werden soll. Im Bereich der Bützbergstrasse (in Richtung Dreilinden) und im Bereich zwischen dem Kreisel beim Lindenhof und dem Anlikerkreisel seien bereits diverse Baumassnahmen getroffen worden.

Wie die Überbauungsordnungen Nr. 27 und Nr. 29 sei auch die heute vorliegende Überbauungsordnung Nr. 30 von den gleichen Projektverfassern erarbeitet und vorbereitet worden. Am 30. Juni 2004 sei die Überbauungsordnung Nr. 30 vom Gemeinderat verabschiedet worden. Weil aber kein konkretes Bauvorhaben vorliegend gewesen sei, sei die Überbauungsordnung bis zum heutigen Zeitpunkt nicht für den Stadtrat traktantiert worden. Damit werde auch die lange Zeitspanne erklärt, die zwischen der Genehmigung des Gemeinderates und der vorgelagerten ordentlichen Erarbeitung mit den entsprechenden Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahren, bis zum heutigen Tag vergangen sei.

Gemäss Investitionsplanung sei für das Jahr 2010 vorgesehen, den Knoten Ringstrasse-Thunstettenstrasse zu einem Kreisverkehrplatz umzubauen. Damit diese Vorhaben umgesetzt werden könne, seien die rechtlichen Voraussetzungen mittels der Genehmigung der vorliegenden Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse" zu schaffen. Damit werde auch eine Lücke in der Gesamtkonzeption der Ringstrasse geschlossen.

Aus den Grundlageakten gehe heraus, dass die Überbauungsordnung Nr. 30 einzig aus dem Überbauungsplan bestehe und sich an die beiden Überbauungsordnungen Nr. 27 und Nr. 29 anschliesse. In Anlehnung an die sehr positiven Erfahrungen, die mit der Strassenbau-Art "Kernfahrbahn" (Fahrbahn ohne Mittelstreifen) zwischen dem Lindenhof und Anlikerkreisel gemacht worden seien, werde auch dieses Teilstück in eine Kernfahrbahn mit einer Totalbreite von 7,5m (Fahrbahnbreite von 5m und je 1.25m Radstreifen) umgestaltet. Bei den diversen Knoten wie der Turnhallenstrasse, der Bleichstrasse und bei der Bushaltestelle beim Industrieplatz seien entsprechende Trottoiranlagen und Überquerungshilfen vorgesehen. Die Lichtsignalanlage zur Schulwegsicherung könne nach wie vor auch im Rahmen der Überbauungsordnung betrieben werden.

Die Überbauungsordnung müsse auch die Voraussetzung für die Umbauplanung eines Kreisels bei der Kreuzung Ringstrasse-Thunstettenstrasse regeln. Insbesondere gehe es also auch darum, Voraussetzungen zum dafür notwendigen Landerwerb erbringen zu können. Gegenstand der Überbauungsordnung seien auch parzellengenaue Zuweisungen der Lärmempfindlichkeitsstufen in Anlehnung an die Lärmschutzverordnung.

Weil seit der Verabschiedung der Überbauungsordnung durch den Gemeinderat bis heute so lange Zeit vergangen sei, habe der Gemeinderat beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) abklären lassen, ob die Überbauungsordnung wie sie am 30. Juni 2004 verabschiedet worden sei, dem Stadtrat ohne Weiteres zur Genehmigung vorgelegt werden könne. Mit Schreiben vom 11. Dezember 2009 habe das AGR die vorbehaltlose Genehmigungsfähigkeit der Vorlage bestätigt.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Dem Gemeinderat gehe es eigentlich darum, mit der Überbauungsordnung Nr. 30 die Voraussetzung zu erfüllen, um den Kreisverkehrsplatz bei der Thunstettenstrasse-Ringstrasse realisieren zu können. Der Gemeinderat habe unter dem Vorbehalt des heutigen Entscheides des Stadtrates bereits einen Projektierungskredit bewilligt.

Der Umbau der Kreuzung habe gewisse Diskussionen im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm ausgelöst. Der Gemeinderat gehe aber davon aus, dass die Dringlichkeit des Umbaus recht hoch sei, weshalb er die Umbaumaassnahmen in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres in Angriff nehmen möchte. Die Sanierung sei im Investitionsplan mit Fr. 800'000.00 festgesetzt worden.

Der Umbau gehe zulasten der Stadt. Bevor mit allfälligen Agglo-Gelder gerechnet werden könne, würden noch einige Jahre ins Land ziehen. Gemäss Einschätzungen des Gemeinderates stehe zudem nicht fest - auch wenn das Aggloprogramm auf eidgenössischer Ebene bewilligt würde - dass der Umbau damit mitfinanziert würde. Aus diesem Grund sei der Gemeinderat der Meinung, den Kreisel auf eigene Kosten umzubauen.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Mit der vorliegenden Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse" werde der Ausbau, die Optimierung und namentlich auch die Sicherheit von Velofahrenden auf der Achse Dreilinden-Industrieplatz ermöglicht. Aus den Akten gehe heraus, dass die Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse" schon lange auf dem Tisch liege. Dieser Punkt sei in der Geschäftsprüfungskommission diskutiert worden. Wie Stadtpräsident Thomas Rufener bereits erwähnt habe, sei der Unterbruch zum Einen auf die mangelnde Dringlichkeit sowie auf mangelnde finanzielle Mittel zurückzuführen. Mit der geplanten Umgestaltung des Knotens Ringstrasse-Thunstettenstrasse sei der Bedarf nun primär vorhanden und auch die finanzielle Ausgangslage der Stadt sei anders.

Nachdem das Amt für Gemeinden und Raumordnung die Genehmigungsfähigkeit der Vorlage mit Schreiben vom 11. Dezember 2009 bestätigt habe, stehe dem Erlass aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission nichts im Wege.

Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion: Die Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse" werde von der SP/GL-Fraktion nicht bestritten. Die Vorlage entspreche dem Verkehrskonzept der Stadt Langenthal. Langenthal sei und bleibe eine Kreiselstadt. 11 Kreisel auf so engem Raum gebe es ihres Wissens nirgends sonst. Obwohl Kreisel unbestrittenermassen auch eine gute Seite haben, würden sie für Velofahrende vor und in den Kreiseln viele Gefahren bergen. Beim Einspuren in den Kreisel und dann beim gemeinsamen Befahren des Kreisels seien Velo- und Autofahrende auf höchsten gegenseitigen Respekt angewiesen. Wenn Langenthal die Wohnqualität für Familien und das Velofahren in der Stadt fördern wolle, brauche es dazu ein sichereres und besseres Verkehrskonzept für Velofahrende. Andernorts würde es immer mehr Kreisel geben, die von den Velofahrenden nicht mehr befahren werden müssen. Nicht nur Kinder seien im Kreisel oft überfordert. Sie hoffe, dass Langenthal dieses Bedürfnis der Bevölkerung sehr ernst nehme.

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion habe besagtes Strassenumbauprojekt bzw. die rechtlichen Voraussetzungen dazu eingehend diskutiert. Obwohl die Überbauungsordnung Nr. 30 bereits ein paar Mal habe Geburtstag feiern können, erscheine sie der FDP/jll-Fraktion immer noch wichtig und nötig, weil sie den heutigen verkehrstechnischen Anforderungen - mit den wie erwähnt, bewährten Kernfahrbahnen - immer noch entspreche.

Trotzdem habe sich die FDP/jll-Fraktion vor Allem mit Fragen in Bezug auf die Finanzierung des Projektes auseinandergesetzt, die mit dem abgelehnten Aggloprogramm des Kantons und den davon erwarteten Gelder im Zusammenhang stehe. In der jetzigen Situation gehe der Umbau voll zu Lasten der Stadt Langenthal. In der Investitionsplanung 2010 seien für die Sanierung Fr. 800'000.00 vorgesehen und der Gemeinderat habe - unter Vorbehalt der heutigen Genehmigung der Vorlage durch den Stadtrat - bereits einen entsprechenden Projektierungskredit beschlossen. Es gelte jetzt also abzuwägen, ob ein Abwarten bis zur nächsten Agglo-Geld-Verteilung Sinn machen würde. Der Eingabezeitpunkt dafür wäre Ende 2011 und der frühest mögliche Realisationszeitpunkt wäre im Jahr 2013; wobei natürlich keine 100%-tige Sicherheit für die Unterstützung dieses Projektes durch den Kanton vorhanden sei.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Der FDP/jll-Fraktion erscheine die klare Haltung des Gemeinderates, wonach der Abschnitt Ringstrasse mit dem Kreisel jetzt realisiert werden soll, folgerichtig. In diesem Sinne unterstütze die FDP/jll-Fraktion die Vorlage.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion habe sich bei ihrer internen Besprechung auch etwas über die lange Zeit gewundert, die zwischen der Erarbeitung und der jetzigen Vorlage des Geschäfts zu Händen des Stadtrates liege. Nichts desto Trotz sei es natürlich für die EVP/glp-Fraktion ein Muss, den Strassenzug, von dem zwei Etappen bereits ausgeführt worden seien, noch zu beenden und auf den aktuellen Stand zu bringen. Die EVP/glp-Fraktion sei froh, dass die Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse" noch aktuell sei und damit keine weiteren Überarbeitungen mehr nötig habe. Einer zügigen Umsetzung im zweiten Halbjahr 2010 stehe damit nichts mehr im Weg. Die EVP/glp-Fraktion stimme der Vorlage einstimmig zu.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schliesse sich dem Votum des Vorredners an und stehe mit der Zustimmung zur Vorlage dahinter, dass die Lücke zwischen dem Anliker-Kreisel und dem Industrieplatz geschlossen werde.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Er habe der Voten entnommen, dass davon ausgegangen werde, dass mit der Zustimmung zur Vorlage die Ringstrasse ausgebaut werde. Am heutigen Abend gehe es jedoch nur um den Erlass der Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse". Erst später würden Projekte für den Umbau der Ringstrasse ausgearbeitet, die dann entsprechend zur Genehmigung von den zuständigen Behörden bewilligt werden müssen.

Was die kritisierte Dauer betreffe, so sei es manchmal schlauer, eine Überbauungsordnung nicht zu genehmigen, wenn kein Bauprojekt anstehe. Es habe in der Vergangenheit Überbauungsordnungen gegeben, die genehmigt worden seien, da aber nichts gebaut worden sei, hätten sie dann später geändert werden müssen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- 1. Der Erlass der Überbauungsordnung Nr. 30 "Ringstrasse" wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. Stadion Hard; Sanierung Anbau West (Kraftraum); Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredites

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Um es vorweg zu nehmen, handle es sich beim vorliegenden Geschäft um ein unliebsames Traktandum. Im Stadion Hard stehe ein Problem an, das behoben werden müsse. Im Jahr 1998 sei das Betriebsgebäude des Stadions Hard mit einem Anbau (Kraftraum mit Garderobe- und Duschräumlichkeiten) erweitert worden. Erst in den letzten paar Jahren seien vermehrt ernsthafte Feuchtigkeitsschäden und Wasserinfiltrationen vermerkt worden. Selbstverständlich sei die Ursache dieser Probleme abgeklärt worden. Dazu sei die MBJ Bauphysik + Akustik AG Kirchberg beauftragt worden, die auf baulich konstruktive Mängel gestossen sei, welche für den Schaden verantwortlich sein sollen. Die Sanierung werde dringend empfohlen, weil ansonsten am Gebäude wachsender Schaden entstehe und sich damit die Sanierungskosten laufend erhöhen würden. Aufgrund des bestehenden Handlungsbedarfs habe der Gemeinderat in der Investitionsplanung einen entsprechenden Betrag eingestellt und möchte nun die Sanierung umgehend und damit während den Sommermonaten 2010 ausführen. Dies unter anderem auch unter dem Aspekt, dass im Sommer diese Räumlichkeiten weniger benutzt werden, als in den Wintermonaten.

Trotz allen Abklärungen sei es leider nicht möglich, dass die damals mit der Projektierung beauftragten und verantwortlichen Unternehmen noch haftbar gemacht werden können. Einerseits sei die 5-jährige Garantiefrist seit 7 Jahren abgelaufen und andererseits sei das mit der Bauausführung betraute Unternehmen heute nicht mehr tätig. Die Mängel seien innerhalb der Garantiefristen aber auch noch nicht erkennbar gewesen. Weitere Abklärungen hätten auch gezeigt, dass man auch über Versicherungen zu keiner (zumindest) Teilabdeckung des Schadens kommen könne. Auf Anregung der Geschäftsprüfungskommission sei dieser Punkt vom Versicherungsbroker der Stadt nochmals geprüft worden. Dieser sei zum Schluss gekommen, dass bei Schäden dieser Art nicht auf Versicherungen zurückgegriffen werden könne. Es bleibe der Stadt somit nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beissen. Ein kleiner Wermutstropfen sei, dass mit einem Beitrag des Kantons von 25% an den Sanierungskosten aus dem Sportfonds gerechnet werden könne.

Am heutigen Abend gehe es einerseits darum der Projektierung zuzustimmen und andererseits die dafür notwendigen (unerfreulichen) Kosten von brutto Fr. 380'000.00 zu bewilligen. Mit der Gutschrift aus dem Sportfonds, die der Investitionsrechnung gutgeschrieben werde, betragen die Nettokosten für die Stadt somit rund Fr. 280'000.00.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Auch die Geschäftsprüfungskommission finde das Geschäft unerfreulich, erkenne aber auch den um so dringlicheren Handlungsbedarf. Aus der Geschäftsprüfungskommission sei angeregt worden, die Schadensdeckung nochmals bei der Versicherung abzuklären. Wie Stadtpräsident Thomas Rufener erwähnt habe, sei diese Klärung leider erfolglos geblieben.

Die MBJ Bauphysik + Akustik AG Kirchberg habe die Dringlichkeit der Sanierung deutlich aufgezeigt, womit das Projekt in allen vorberatenden Behörden (Finanzkommission, Bau- und Planungskommission, Gemeinderat) Zustimmung gefunden habe. Für die Geschäftsprüfungskommission seien dies Gründe genug, das Geschäft in der vorliegenden Form gutzuheissen.

Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion: Die Bewilligung dieses Kreditgesuches löse keine Begeisterung aus. Die Faktenlage rede aber eine deutliche Sprache. Um keinen weiteren Schaden am Gebäude bzw. den Benutzenden zu provozieren, sei die Sanierung dringend angesagt. Positiv zur Kenntnis genommen sei, dass aus Sportfonds mit einem Beitrag in der Grössenordnung von 25% gerechnet werden könne.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Die EVP/glp-Fraktion habe erstaunt zur Kenntnis genommen, dass es sich bei den Schäden um grundsätzlich baulich konstruktive Mängel gravierender Art handle. Die Garantiefrieten seien aber seit Jahren abgelaufen und die Firma, die den Bau erstellt habe, gebe es heute auch nicht mehr, womit - wie der Stadtpräsident gesagt habe - dem Rat nichts anderes übrig bleibe, als in den sauren Apfel zu beissen und die Sanierung durchzuwinken.

Der EVP/glp-Fraktion stelle sich nun aber Fragen, ob Learnings aus diesem Schadenfall gezogen werden:

- Werden Bauabnahmen konstruktiv und kritisch ausgeführt?
- Werden Objekte, die von der Lage oder den Witterungseinflüssen her besonders feuchtigkeitsgefährdet sind, speziell überwacht und kontrolliert?
- Wird vor Ablauf von Garantiefrieten in Bezug auf offene und versteckte Mängel das jeweilige Objekt nochmals routinemässig kontrolliert?

Die EVP/glp-Fraktion erachte Klarheit in diesen Punkten in Bezug auf die Zukunft für wichtig.

Therese Grädel-Fankhauser, SP/GL-Fraktion: Auch die SP/GL-Fraktion stimme dem Geschäft zu. Langenthal soll eine moderne und gesunde Stadt sein. Dementsprechend sei es nicht im Sinne der Fraktion, ein modriges und stinkiges Sportstadion zu präsentieren. Trotzdem habe die SP/GL-Fraktion Anmerkungen zum Geschäft:

- Die SP/GL-Fraktion hoffe, dass vom Sportfonds wirklich Geld eingehen werde, da es sich um einen "rechten Batzen" handle.
- Die SP/GL-Fraktion sei froh, dass die versicherungstechnischen Argumente noch einmal geklärt worden seien.
- Die SP/GL-Fraktion hoffe, dass nicht noch weitere solche Baustellen, oder allfällige Baustellen aus den Zeiten - als die Stadtkasse leer gewesen sei und trotzdem habe gebaut werden müssen - zum Vorschein kommen.

Florinda Wallkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion finde die geplante Sanierung unumgänglich und stimme dem Sanierungsprojekt sowie dem dazu notwendigen Kredit zu. Unschön sei natürlich, dass niemand für die gravierenden Mängel zur Rechenschaft gezogen werden könne. Der Schaden bestehe nun einmal und dessen Behebung müsse nun umgehend an die Hand genommen werden. Auch die FDP/jll-Fraktion habe sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie das Stadtbauamt den Ablauf von Garantiefrieten handhabe oder in Zukunft handhaben werde und, ob seit dem Jahr 1998 standardmässige Prüfungen und Kontrollen am Gebäude durchgeführt worden seien.

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass sich Stadtrat Stefan Grossenbacher, als einer der projektverantwortlichen Architekten, der Stimme enthalten werde.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

1. **Das Projekt betreffend die Sanierung des Anbaus West (Kraftraum) des Stadions Hard, Bern-Zürichstrasse 32, 4900 Langenthal, wird genehmigt.**
2. **Der für das Projekt erforderliche Gesamtkredit in der Höhe von brutto Fr. 380'000.00 (inkl. MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 603.503.32, bewilligt.**
3. **Die Beiträge aus dem kantonalen Sportfonds sind der Investitionsrechnung, Konto Nr. 603.633.32, gut zu schreiben.**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates (Art. 20e neu) und Aufhebung des Datenschutzreglementes; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Titel der Vorlage könnte zum Schluss verleiten anzunehmen, dass die Stadt den Datenschutz herunterfahren wolle. Dieser Schluss treffe aber - um es vorweg zu nehmen - nicht zu. Mit der Aufhebung des kommunalen Datenschutzreglements werde in keiner Art und Weise ein Abbau des Datenschutzes in der Stadt Langenthal angestrebt. Dem Gemeinderat sei es ein grosses Anliegen, dass dem Thema Datenschutz nach wie vor und auch in Zukunft die gebührende Aufmerksamkeit zukomme. Die Ursache liege viel mehr in der Änderung der übergeordneten kantonalen Gesetzgebung.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich in Spezialsitzungen eingehend mit der Vorlage auseinandergesetzt. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich insbesondere auf Fragen konzentriert, wo den Gemeinden Handlungsfreiheiten zukomme. Handlungsfreiheit bestehe bei Listenauskünften, die Angaben aus der Einwohnerkontrolle enthalten oder bei der Publikation von Listen von Datensammlungen im Internet.

Tatsache sei, dass rund 95% der Langenthaler Bevölkerung von der Möglichkeit der Datensperre Gebrauch mache. Damit sei ein Rückgriff auf Daten aus der Einwohnerkontrolle, die als Listenauskünfte verwendet werden könnten, somit nur noch bei 5% der Bevölkerung möglich. Diese Praxis habe zur Folge, dass kaum noch Anfragen nach Listenauskünften gestellt werden.

Basierend auf den Schlussfolgerungen der Geschäftsprüfungskommission und auf eingehenden Abklärungen des Rechtsdienstes, gehe die Vorlage sogar soweit, künftig generell auf Listenauskünfte zu verzichten. Die Schlussfolgerungen würden aufzeigen, dass die zwingend notwendigen, vom kantonalen Recht vorgegebenen Regelungen, nicht unnötigerweise in kommunalen Erlassen wiederholt werden müssen. Aus diesem Grund werde heute auch beantragt, das bestehende Datenschutzreglement der Stadt Langenthal aus dem Jahre 1989 aufzuheben.

Ein Punkt bestehe allerdings darin zu bezeichnen, wer die Aufsichtsstelle des Datenschutzes in der Stadt Langenthal innehabe. Diese Bestimmung werde erfüllt, indem die Geschäftsordnung des Stadtrates mit Art. 20e ergänzt werde, worin die Geschäftsprüfungskommission als Datenaufsichtsstelle bezeichnet und deren Aufgaben und Kompetenzen beschrieben werde. Die Aufgaben, die von der Datenaufsichtsstelle erledigt werden müssen, seien insbesondere in Art. 34 Datenschutzgesetz (KDSG)¹ formuliert und festgehalten.

Aus dem Entwurf von Art. 20e Geschäftsordnung des Stadtrates gehe unter Anderem heraus, dass die Geschäftsprüfungskommission

- die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wie auch die Behördenmitglieder gebührend über die Einhaltung des Amtsgeheimnisses und des Datenschutzes zu informieren habe
- ein Register über alle Datensammlungen zu führen und dieses im Internet zu veröffentlichen habe.

Die Geschäftsprüfungskommission könne die Aufgabenerfüllung mit ihren eigenen Ressourcen erledigen, könnte aber auch entsprechend den Befugnissen und der Ausgabenkompetenz von Fr. 10'000.00 gemäss Art. 20e Abs. 7, Fachpersonen dazu mandatieren. Die Ausgabenkompetenz von Fr. 10'000.00 sei vom übergeordneten Gesetz als minimaler Beitrag vorgesehen. Damit wäre ein höherer Betrag theoretisch möglich, wogegen das Herausstreichen dieses Betrages nicht möglich sei.

¹ <http://www.be.ch/cgi-bin/frameset.asp?http://www.sta.be.ch/belex/d/main.asp> (BSIG 152.04)



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

In diesem Sinn beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat die Geschäftsordnung des Stadtrates mit Art. 20e (neu) zu ergänzen und somit der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates sowie der Aufhebung des Datenschutzreglements vom 27. Februar 1989, in Kraft seit 1. Januar 1990, zuzustimmen.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Weil das Geschäft von der Geschäftsprüfungskommission ausgearbeitet worden sei, erlaube sie sich im Namen der Geschäftsprüfungskommission, die Ausführungen gegliedert in drei Teile (Vorgeschichte/Verlauf/Neuerungen) etwas weiter zu fassen. Vorab betone sie, dass die Aufhebung des Datenschutzreglementes aus dem Jahre 1989 für die Stadt Langenthal keineswegs eine Schmälerung des Datenschutzes bedeute.

■ Zur Vorgeschichte:

Durch das Schengen-Dublin-Abkommen, habe das kantonale Datenschutzgesetz (KDSG, in Kraft seit 1. Dezember 2008) überarbeitet werden müssen. Die Ausführungsbestimmungen in der kantonalen Datenschutzverordnung (DSV) seien seit dem 1. Januar 2009 in Kraft. Das kantonale Recht überlasse den Gemeinden im Wesentlichen die Regelung der Fragen:

- a) Wer in der Gemeinde die Aufgabe der Datenschutzaufsichtsstelle erfüllt und wie Bericht erstattet wird.
- b) Ob Listenauskünfte aus kommunalen Datensammlungen zulässig sind.

Wie Stadtpräsident Thomas Rufener bereits gesagt habe, habe die Stadt gegen Ende der 80-er Jahre (am Ende der Fichenaffäre) ein neues Einwohnerdatenprogramm eingeführt. In diesem Zusammenhang seien alle Neuzuzüger sowie die bereits in Langenthal Wohnhaften angefragt worden, ob sie ihre Daten unkompliziert sperren lassen wollen. 95% der Bevölkerung habe diese Möglichkeit wahrgenommen und die Daten sperren lassen. Somit sei das Einholung von Listenauskünften uninteressant.

■ Zum Verlauf des Geschäfts:

Im September 2009 habe sich die Geschäftsprüfungskommission an einer ausserordentlichen Sitzung getroffen. Bereits damals sei klar gewesen, dass die Geschäftsprüfungskommission die Aufsichtsstelle über den Datenschutz sei und bleibe, wie es im heute noch bestehenden Datenschutzreglement und in der Geschäftsordnung des Stadtrates definiert sei. Vor Allem die Bekanntgabe von Daten zu ideellen und kommerziellen Zwecken sowie das Führen eines Registers mit Datensammlungen sei diskutiert worden. Die verschiedenen offenen Fragen seien in der darauf folgenden Woche im Herbst 2009 verwaltungsintern abgeklärt worden. In diesem Zusammenhang sei auch die Information, dass 95% der Bevölkerung von der Datensperre Gebrauch mache, vorgelegt worden. Der Fachbereich Recht habe darauf hin in einer ausführlichen Stellungnahme vorgeschlagen, das geltende Datenschutzreglement aufzuheben und die paar noch auf Stufe Gemeinde zu regelnden Punkte mit einer Ergänzung von Art. 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates zu fixieren.

Der Verzicht auf das Datenschutzreglement sei sinnvoll, weil die meisten Datenschutzbestimmungen im übergeordneten Recht geregelt seien.

■ Zu den Neuerungen:

Die Geschäftsprüfungskommission sowie der Gemeinderat beantragen dem Stadtrat die ersatzlose Streichung des Datenschutzreglementes und die Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates mit Art. 20e (neu). Alles von Gemeinden gemäss KDSG (Art. 33, 34) und DSV (Art. 14) zu regelnde, sei in den 8 Absätzen im neuen Art. 20e Geschäftsordnung des Stadtrates enthalten. Welche Lösung in Bezug auf Art. 14 DSV (Ausgabenbefugnis) getroffen werden soll, werde sich später weisen und in der Geschäftsprüfungskommission besprochen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe zusammen mit dem Fachbereich Recht eine schlanke Datenschutzregelung auf kommunaler Ebene ausgearbeitet, die alle Auflagen des Kantons erfülle und keinerlei Schmälerung des Datenschutzes in Langenthal bedeute.



Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion: *"Der Berg hat eine Maus geboren!"* Angesichts dieser langen Schwangerschaft und der Geburtswehen hätte man eigentlich einen Elefanten erwartet. Es stimme, dass das Datenschutzgesetz auf Stufe Kanton im März 2008 und die Datenschutzverordnung im Oktober 2008 verabschiedet worden sei. Von daher wäre es doch möglich gewesen, mit der heutigen Vorlage vielleicht ein bis zwei Monate früher in den Stadtrat zu kommen. Die FDP/jll-Fraktion schaue vor Allem darauf, dass der Datenschutz gleichwertig sei und nicht geschmälert werde, was mit dem heutigen Geschäft ja auch gewährleistet werde. Auch auf Bundesstufe habe das Schengen-Dublin-Abkommen Auswirkungen. Die Idee beim Bund sei jetzt namentlich die, dass der Datenschutzbeauftragte sogar vom Parlament bestätigt werde und dadurch nochmals eine unabhängigere Stellung erhalte, als bisher.

Dass die Geschäftsprüfungskommission als Datenaufsichtsstelle zuständig bleibe, wie sie das heute schon sei, werde von der FDP/jll-Fraktion als sinnvoll erachtet. Trotzdem gelte es im Detail zwei Bemerkungen anzubringen:

- Art. 14 DSV werde tatsächlich wiederholt mit Abs. 7 des neuen Art. 20e Geschäftsordnung des Stadtrates. Es stelle sich also die Frage, ob es diese Wiederholung wirklich brauche. Art. 20e Abs. 7 habe nur dann und insoweit eine Bedeutung, wenn entweder der Kanton, das heisse der Regierungsrat, das kantonale Recht ändere und die Stadt Langenthal dann wieder zwei Jahre daran arbeite, oder wenn die Bevölkerungszahl dermassen sinken würde, dass Langenthal in ein anderes Quorum käme.

Persönlich erlaube sie sich den Stadtpräsidenten an dieser Stelle zu korrigieren: In der DSV seien nicht mindestens Fr. 10'000.00, sondern genau Fr. 10'000.00 vorgesehen.

- Was den Beschlussesentwurf betreffe, so sei - wenn auch pingelig aber gesetzestechnisch richtig - darauf hingewiesen, dass
 - eine Aufhebung immer ersatzlos sei. Es gebe keine ersatzlosere Aufhebung als eine ersatzlose Aufhebung, womit ersatzlos also ersatzlos gestrichen werden könne. (Beschlussespunkt A. 1.)
 - die Formulierung: *"Der Stadtrat beschliesst: der Stadtrat stimmt zu"* an und für sich nicht sehr elegant sei und anders formuliert werden könnte, nämlich: *"Der Stadtrat ... beschliesst: der Änderung ... wird zugestimmt."* (Beschlussespunkt B. 1.)

Stadtratspräsident Christoph Kuert weist darauf hin, dass die Beschlussespunkte A und B eine Einheit darstellen. Als reine Information und zur Präzisierung halte er fest, dass nur zu Punkt A das fakultative Referendum ergriffen werden könnte.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen):

A. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009, nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 20. Januar 2010 und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, beschliesst:

1. Das Datenschutzreglement der Stadt Langenthal vom 27. Februar 1989 wird ersatzlos aufgehoben.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

B. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 2 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009, nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 20. Januar 2010, beschliesst:

1. Der Stadtrat stimmt der Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981 zu.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

4. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Ersatzwahl für den per 31. Januar 2010 demissionierenden von Flüe Hanspeter [SP])

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL schlägt Anna Aeberhard, dipl. Umweltnaturwissenschaftlerin ETH, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Finanzkommission vor.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

Aeberhard Anna, dipl. Umweltnaturwissenschaftlerin ETH (GL), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Finanzkommission gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 1. März 2010.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. **Postulat Rentsch-Ryf Michèle (EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2009: Ärztesituation Langenthal - Prüfung geeigneter Massnahmen für die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung; Stellungnahme**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Reto Müller: Er sei fast versucht alle aufzufordern einmal aufzustehen, um zu verhindern, dass das vorliegende Geschäft bei jemandem zu einer Thrombose führen könnte. Wie den Unterlagen habe entnommen werden können, sei der Gemeinderat seit längerer Zeit mit verschiedenen Organisationen in Diskussion um die Zukunft der hausärztlichen Grundversorgung in Langenthal sicherzustellen. Das Ziel sei identisch mit der Zielsetzung des Gemeinderates in den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012 (Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaft/3. Gesundheit). An dieser Stelle sei auf die Besprechungen im Gemeinderates vom 14. Oktober 2009 und 4. November 2009, geführt mit den Hausärztinnen und Hausärzten, wie auch auf die geführten Gespräche mit dem SRO und der anschliessenden Delegation in die von ihm geführte Arbeitsgruppe zur Thematik, hingewiesen. Ebenfalls könne aufgrund der Berichterstattung von Gesprächen mit der Organisation Sanacare¹ Kenntnis genommen werden, welche an einem Gruppenpraxenprojekt in Langenthal interessiert sei. Das vorliegende Postulat führe also in die vom Gemeinderat schon seit längerer Zeit eingeschlagene Richtung. Der Gemeinderat erachte die aufgeworfenen Fragen als prüfenswert und plädiere deshalb auf Erheblicherklärung des Vorstosses.

Die aufgeworfenen Fragen würden aber zum Teil noch interessante politische Komponenten enthalten. Beispielsweise in wie fern die Stadt in einen bestehenden - wengleich scheinbar nicht funktionierenden - Markt eingreifen soll? Die Postulantin schreibe dazu richtigerweise, dass die örtliche medizinische Grundversorgung nicht primär im Aufgabenbereich der Stadt liege. Das wiederum werfe die Frage auf, in wie weit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bereit seien, nebst den Krankenkassenbeiträgen noch etwas aus dem Steuertopf zu zahlen. Auch ob die Fraktionen bereit seien, einen zusätzlichen steuerfinanzierten Beitrag zur medizinischen Grundversorgung zu sprechen, sei fraglich.

Der Gemeinderat sei gespannt wie die Voten aus den Fraktionen und von Betroffenen in der Stadt ausfallen werden und sei wie bereits erwähnt bereit, die im Postulat vorgeschlagenen Massnahmen im Rahmen seiner Tätigkeit zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung zu prüfen. Diese zu erhalten und für die Zukunft sicherzustellen, sei im ureigensten Interesse aller.

Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion: Drei der sieben Langenthaler Hausärzte seien heute 65-jährig oder älter – wären also bereits pensioniert. Zwei seien um die 60 und die restlichen zwei werden das Pensionsalter in weniger als 10 Jahren erreichen. Trotz verschiedenster Bemühungen hätten bis heute keine Nachfolger für die drei ältesten Hausärzte gefunden werden können. Würden sie ihre Praxen schliessen, stünden mehrere Tausend Patienten ohne Hausarzt da. Soweit präsentiere sich die in ihren Augen beunruhigende Ausgangslage.

Man könne sich nun fragen, was dies mit der Stadt Langenthal zu tun habe, werde doch die ärztliche Grundversorgung hauptsächlich von Bundesgesetzen geregelt, aber:

- allen sei bekannt, dass die Mühlen der nationalen Politik sehr langsam mahlen. Sich nur darauf zu berufen, dass dieses Problem auf nationaler Ebene angegangen und gelöst werden müsse, wäre fahrlässig und würde in den nächsten Jahren mit Sicherheit zu keiner tragfähigen Lösung führen. Auch kantonale Massnahmen zur Linderung des Hausärztemangels hätten noch nicht zu einer spürbaren Entlastung geführt. Es sei deshalb zu erwarten, dass sich die Situation in Langenthal noch weiter zuspitzen werde.

¹ <http://www.sanacare.ch/>



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

- den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Langenthal, bzw. den Patientinnen und Patienten bringe es nichts, wenn sich die wenigen Interessenten auf eine Hausarztpraxis, aufgrund fehlender guter Bedingungen, letztendlich für andere Gemeinden entscheiden. Es sei darum an der Zeit, dass Langenthal selber aktiv werde und die Zügel in die Hand nehme, auch wenn man sich hierbei auf die nationale Politik berufen könnte.
- auf der Homepage der Stadt Langenthal unter ärztliche Versorgung stehe: *"Sie finden in Langenthal eine umfangreiche und gute ärztliche Versorgung"*. Auch eines der Ziele in den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009-2012 im Bereich Gesellschaft/3. Gesundheit laute *„Erhaltung der hausärztlichen medizinischen Grundversorgung“*. Folglich sehe auch der Gemeinderat, dass die Stadt die Verpflichtung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern von Langenthal habe, eine gute medizinische Grundversorgung zu gewährleisten und sich dafür einzusetzen.
- zu einer attraktiven Wohnstadt Langenthal gehöre auch eine gut funktionierende, schnell zugängliche medizinische Grundversorgung und schliesslich betreffe die Problematik alle, was besondere Massnahmen rechtfertige.

Auch wenn hier Systemfehler vorhanden seien, die grundsätzlich auf nationaler Ebene angegangen werden müssen, gehe die ganze Problematik letztendlich auch die Stadt Langenthal, den Gemeinderat und heute Abend den Stadtrat etwas an. Es gelte nun ein Zeichen zu setzen, um immerhin für die Stadt Langenthal den Schaden in Grenzen zu halten.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig und sei sich absolut einig darin, dass die Stadt mindestens ideell einen Beitrag zur Erhaltung der medizinischen Grundversorgung leisten soll. Die Stadt Langenthal soll initiativ und innovativ sein und dort, wo möglich, fördern. Die Mehrheit der Fraktion sei zudem der Meinung, dass sich die Stadt auch finanziell - im Sinne der vorgeschlagenen Massnahmen - beteiligen soll, falls dies nötig würde.

Gespannt auf die Diskussion hoffe sie auf breite Unterstützung ihres Anliegens.

Albert Schaller, SVP-Fraktion: In Ergänzung der Ausführungen der Postulantin halte er fest, dass die Situation der medizinischen Grundversorgung bzw. der Hausärzte im ganzen Kanton problematisch sei. Gemäss einer Untersuchung der Ärztesellschaft des Kantons Bern im August 2009 bestehe ausserhalb der Region Bern ein ausgeprägter Mangel an Haus-, Kinder- und Augenärzten.

Zur Situation in Langenthal: In Langenthal seien heute rund 18% der Einwohnenden über 65 Jahre alt. Zirka 20% seien zwischen 50 und 65 Jahre alt. Die verbliebenen 7 Langenthaler Hausärzte würden also von diesen beiden Kategorien rein rechnerisch je über 800 Patientinnen und Patienten betreuen. Nun liege es in der Natur der Sache, dass bei zunehmendem Alter immer öfters ein Arzt gebraucht werde.

Die von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf erwähnte Aussage auf der Homepage der Stadt Langenthal zur ärztlichen Grundversorgung: *"Sie finden in Langenthal eine umfangreiche und gute ärztliche Versorgung"* stimme im jetzigen Moment vielleicht noch knapp, in einigen Monaten könnte dies aber schon nicht mehr zutreffen, wenn einer der sieben Hausärzte plötzlich aufhören würde und keinen Nachfolger finde. Dann hätten auf einen Schlag hunderte, wenn nicht sogar tausende von älteren Menschen keinen Hausarzt mehr. In Langenthal hätten diese keine Chance einen anderen Hausarzt zu finden. Auch in der ganzen Umgebung heisse es, dass keine neuen Patienten mehr aufgenommen werden können. Allenfalls in Aarwangen bestünde die Möglichkeit noch als Patient unterzukommen. Es sei erniedrigend als erkrankte Personen als ein Bittsteller unterwegs sein zu müssen, um einen Arzt aufsuchen zu können. Am meisten würden einfache, bescheidene und rechtschaffene Leute unter dieser Situation leiden und nicht die wohlbetuchten Leute wie beispielsweise die Politiker, die sich ihr Netzwerk schon lange gespannt haben.

Dementsprechend sei es also fast untertrieben von zukünftigen prekären Zeiten zu reden. Seiner Meinung nach seien es eher dramatische zukünftige Zeiten.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Die SVP-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig, sei allerdings der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Kommune sei, finanzielle Starthilfe zu leisten, da die Finanzierung einer normalen Praxis durch eine Bank heutzutage wohl kein Problem sein könne. Auch das Zur-Verfügung-Stellen von Bauland oder sogar Ärzte anzustellen, falle nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinden. Persönlich vertrete er jedoch die Meinung, dass Notfallsituationen besondere Massnahmen rechtfertigen.

Ebenfalls erwähnt worden sei bereits, dass die Gemeinde eigentlich nicht die rechte Adressatin für das Problem sei, da es sich vielmehr um ein Thema von bundes oder kantonalen Instanzen handle und diese dafür in die Pflicht genommen werden sollten. Die SVP-Fraktion möchte mit der Zustimmung zum Postulat ein politisches Zeichen setzen, verbunden mit der Hoffnung, dass es auch von denen gehört werde, die schlussendlich an der heutigen Situation mitverantwortlich seien.

Luzia Bossard, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stimme einstimmig und ohne Vorbehalt für die Überprüfung der Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung in der Stadt Langenthal. Mit der *"Interpellation Fiechter Fritz (SP) vom 23. März 2009 betreffend die Schliessung von Arztpraxen"* (beantwortet am 29. Juni 2009) sei bereits auf das Thema aufmerksam gemacht worden. Seither sei der Gemeinderat auf der Suche nach Lösungen und Möglichkeiten. Für Notfälle sei Langenthal gut gerüstet, was jedoch fehle, seien die zukünftigen Hausärzte und Allgemeinpraktiker.

Die SP/GL-Fraktion sei optimistisch, dass der Gemeinderat eine gute Lösung finden werde, damit die ärztliche Grundversorgung auch in Zukunft gewährleistet werden könne, womit dem Gemeinderat herzlicher "ärztlicher" Dank gebühre.

Kurt Wyss, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion bedaure die düsteren Zukunftsaussichten bezüglich der ärztlichen Grundversorgung. Diese Situation, dieses Problem beschränke sich nicht nur auf Langenthal, sondern sei ein schweizweites Resultat der Politik auf Bundesebene. Nichts desto Trotz müsse sich Langenthal als attraktive und aktive Gemeinde mit dieser Situation befassen. Es schade nichts, wenn der Gemeinderat prüfe, was vor Ort getan werden könne. Schon alleine die Thematisierung auf der Homepage der Stadt Langenthal mit Werbung für den attraktiven Spitalstandort für Ärzte, sei eine Massnahme. Es könne jedoch nie Aufgabe der Gemeinde sein, als Geldgeberin oder gar als Arbeitgeberin aufzutreten, wie dies im Postulat angeregt werde.

Die FDP/jll-Fraktion sei sich in der Unterstützung des Postulats ebenso uneinig, wie in der Frage bezüglich geeigneter Massnahmen. Das Postulat werde von der FDP/jll-Fraktion somit "gemischt-einheitlich" unterstützt.

Florinda Wallkamm-Mauricio: Das Tarifwerk TARMED sei seit dem 1. Januar 2004 in Kraft. Mit den Änderungen des neuen Tarifsystems seien unter Anderem auch die Hausärzte schlechter gestellt worden. Das eidgenössische Departement des Innern (EDI) habe die Änderungen für die Analyseliste beschlossen und dem Bundesrat vorgestellt. Der neue Tarif für die ambulanten Laboranalysen sei seit dem 1. Juli 2009 in Kraft und auch dieser sei zum Nachteil der Hausarztpraxen, welcher - wie es aussehe - von oben und ohne fundierte Kenntnis der Lage zu haben, diktiert worden sei. Diese Vertragswerke würden meistens in Zusammenarbeit mit *santé-suisse*, dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) und der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) entstehen und würden zum Teil ohne Vertretung der Ärzteschaft gefällt. Die Begründer dieser neuen Tarife sehen sich wahrscheinlich als Helden und Retter des bald nicht mehr zahlbaren Gesundheitswesens bzw. "Krankheitswesens", die zur Beschwichtigung der Krankenkassenprämien Lösungen kreieren, die gar keine seien.

Alle würden von vielleicht etwas weniger stark ansteigenden Krankenkassenprämien profitieren, dafür stehe die medizinische Grundversorgung nun kurz vor dem Kollaps. Obwohl das von den betroffenen Verbänden übrigens schon sehr früh prophezeit worden sei, habe dies die Schöpfer der Tarifbestimmungen nicht interessiert.



Wie bereits erwähnt, werde von oben diktiert, und unten müsse das Problem jetzt ausgelöffelt werden, indem die Gemeinden für eine adäquate oder gar attraktive Infrastruktur für Hausärzte und wenn möglich sogar auch noch für deren Fixlohnvorstellungen zu sorgen haben, was aber so nicht sein könne. Wenn Hausärzte selbstständig erwerbend sein sollen, dann müssen diese Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen erlaube - und wie dies auch verlangt werde - sich marktwirtschaftlich positionieren zu können.

Persönlich sei auch sie der Meinung, dass zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung etwas getan werden soll, aber nicht auf Ebene der Gemeinden. Zudem würden dadurch neue Probleme und auch Ungerechtigkeiten entstehen, weil sich dies nicht jede Gemeinde leisten könnte. Dr. med. Andreas Bieri habe die Situation in einem Schreiben wie folgt geschildert: *"Die aktuell Kranken möchten eine üppige, die momentan Gesunden eine billige und die Anbieter eine einträgliche medizinische Grundversorgung. Eine schlanke, effiziente Grundversorgung will eigentlich niemand."* Dieses Problem müsse wieder nach oben und somit an santésuisse, das BAG etc. delegiert werden. Da sich der Gemeinderat bereits mit Fragen dieser Art beschäftige, lehne sie das Postulat persönlich ab.

Beatrice Lüthi: Die Voten der beiden Vorrednern zeige die heterogene Meinung der FDP/jll-Fraktion zu dieser Thematik auf...

Der Wortlaut des Postulats: *"Der Gemeinderat wird gebeten, geeignete Massnahmen für die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung zu prüfen."* beschreibe den Auftrag; nicht mehr und nicht weniger. Die im Postulat erwähnten Massnahmen, seien zum Teil schon etwas aus dem Tierbuch. Aber es seien eigentlich ja auch nur erwähnte Beispiele, womit nicht gemeint sei, dass genau diese Massnahmen geprüft werden sollen. Letztlich könnte die Prüfung auch zum Resultat führen, dass die Gemeinde keine Kompetenzen habe und dass man zur Problemlösung auf kantonaler oder sogar auf Bundesebene vorstellig werden müsse oder, dass man vielleicht in der Region etwas machen könnte. Ihrer Meinung nach verberge sich die Stadt Langenthal nichts, wenn das Postulat überwiesen würde. Immerhin würde danach eine Auslegeordnung und ein Resultat vorliegen, womit man wüsste, ob, oder wie weitergefahren werden soll. In diesem Sinne werde sie das Postulat unterstützen.

Gemeinderat Reto Müller: Aufgrund der relativ weit auseinander gehenden Voten sei auch er versucht, seine Gefühle als "gemischt-einheitlich" zu beschreiben...

Was die Homepage der Stadt Langenthal betreffe, so wolle er die Situation nicht schönreden. Aber die umfangreiche ärztliche Versorgung in der Stadt Langenthal dürfe auch nicht zu Grunde geredet werden. In Langenthal befinde sich ein Spital, dessen Standort auch in Zukunft abgesichert sei. Darin gebe es eine hausärztliche Notfallpraxis, die bei Betrachtung des ganzen Geschäftes nicht vergessen werden dürfe.

Die Kadenz in welcher die Thematik im Gemeinderat bis anhin behandelt worden sei, lasse erahnen, dass der Gemeinderat die Zügel in die Hand genommen habe und sich weiterhin damit befassen werde. Wie eine Lösung aussehen könnte, die dann wirklich auch allgemeinverträglich sei, oder vielleicht auch zu einer Mehrheit im Stadtrat führen könnte, stehe zur Zeit noch nicht fest.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Ja (bei 1 Enthaltung):

- 1. Das Postulat Rentsch-Ryf Michèle (EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2009: Ärztesituation Langenthal - Prüfung geeigneter Massnahmen für die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung, wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Parlamentarische Erklärung "Ja zum Minarettverbot - direkte Demokratie jetzt respektieren" der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2009; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Parlamentarische Erklärung sei ein Instrument, welches mit der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates am 19. November 2007, in Kraft sei 1. Januar 2008, explizit eingeführt worden sei. Mit einer Parlamentarischen Erklärung soll das Parlament eine Haltung bekunden können. Es handle sich dabei nicht um eine Motion oder um eine verbindliche Handlungsanweisung oder um einen Prüfungsauftrag an den Gemeinderat.

Bevor er zur Parlamentarischen Erklärung Stellung nehme, liefere er einen Standbericht über den aktuellen Sachverhalt im Zusammenhang mit dem Baubewilligungsverfahren der islamischen Glaubensgemeinschaft (Minarett): Das Baugesuch sei am 12. Juni 2006 eingereicht und in Anwendung des bernischen Baugesetzes und des Baureglements der Stadt Langenthal behandelt worden. Am 13. Dezember 2006 sei die Baubewilligung erteilt worden, wogegen Beschwerde geführt worden sei, die von der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) gutgeheissen worden sei. Als Argument für die Rückweisung sei in erster Linie ein zu wenig detailliert vorliegendes Betriebskonzept (zum Betrieb von erweiterten Vereinslokalitäten des islamischen Vereins) angeführt worden. In der Folge habe man unter Beizug beider Parteien in einem recht komplexen und langwierigen Prozess die geforderten Konzepte ausarbeiten lassen. Am 30. Juni 2009 sei die Baubewilligung ein zweites Mal erteilt worden.

Beide Baubewilligungen haben ohne Beanspruchung von Ausnahmen ausgesprochen werden können und seien, wie es reglementarisch vorgesehen sei, formell durch den Stadtpräsidenten eröffnet worden. Auch zum zweiten Bauentscheid sei Beschwerde geführt worden, deren Verfahren zum jetzigen Zeitpunkt noch laufe und bei der BVE noch hängig sei.

Stellungnahme zur vorliegenden Parlamentarischen Erklärung: Der Gemeinderat habe in seiner Analyse differenzierte Überlegungen angestellt.

1. Der Gemeinderat habe sich die Frage gestellt, wie grundsätzlich seine Haltung gegenüber von Entscheidungen, die im Rahmen der direkten Demokratie gefällt werden, zu gewichten sei.
2. Der Gemeinderat habe sich die Frage gestellt, in welchem Zusammenhang, die in der Parlamentarischen Erklärung geforderten Handlungsmassnahmen gegenüber dem nach wie vor laufenden Beschwerdeverfahren, zu sehen seien.

Zu Punkt 1: Im Rahmen des generellen Staatsverständnisses gehe der Gemeinderat grundsätzlich davon aus, dass Entscheide, die im Rahmen der direkten Demokratie gefällt werden, zu respektieren seien. Er habe in seiner Beurteilung der Grundsatzfrage bewusst den aktuellen Hintergrund, der zur Parlamentarischen Erklärung geführt habe, ausgeklammert, was im Gemeinderatsprotokoll vom 20. Januar 2010 ausgeführt sei.

Der Gemeinderat habe sich zur Beurteilung der Frage damit auseinandergesetzt, wie er vorgehen würde, wenn aufgrund eines Volksentscheides in den Wässermatten ein rigoroses Bauverbot durchgesetzt werden müsste, im Rahmen des Bewilligungsverfahrens aber eine Baute gerade noch bewilligt worden wäre. Diese Fragestellung habe den Gemeinderat zum Schluss geführt, dass er wahrscheinlich mindestens den Versuch unternehmen würde, mit geeigneten Mitteln (Gespräche mit Bauherrschaft) eine einvernehmliche Lösung anzustreben.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Der Gemeinderat wolle mit dieser Haltung zum Ausdruck bringen, dass er grundsätzliche Willensäusserungen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ernst nehme, dass er die Abstimmungsresultate hoch gewichte und der damit verbundenen Haltung des Souveräns grosse Bedeutung zumesse.

Zum konkret vorliegenden Fall gelte es zusätzlich zu erwähnen, dass es sich beim Volksscheid weder um einen nebensächlichen- noch um einen Zufallsentscheid handle, wenn sich rund 60% der Bevölkerung, bei einer Stimmbeteiligung von über 50%, für eine Sache aussprechen.

Zusammengefasst komme der Gemeinderat zum Schluss, dass die Ergebnisse aus dem Stimmverhalten der direkten Demokratie für die Haftungsmaxime einer Exekutive von besonderer Bedeutung seien.

Zu Punkt 2: In Bezug auf den Fall des hängigen Beschwerdeverfahrens weise der Gemeinderat auf den Umstand hin, dass er grundsätzlich keine gesetzlichen Mittel zur Verfügung habe, das Verfahren in verbindlicher Art und Weise zu beeinflussen. Die Parlamentarische Erklärung gehe aber auch nicht davon aus. Sie schreibe nicht vor, allenfalls gesetzliche Massnahmen in Angriff zu nehmen, sondern sie schlage vor, mit den Gesuchstellern den Kontakt zu suchen und diese zum Rückzug ihres Gesuchs zu bewegen. Damit sei im Prinzip ein informeller Bereich angesprochen.

Ebenfalls aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 20. Januar 2010 gehe heraus, dass der Gemeinderat seine Bereitschaft signalisiere, entsprechende Gespräche allfällig im Sinne des Volksabstimmungsergebnisses vom 29. November 2009 aufzunehmen und zu handeln. Wenn sich jetzt die Frage stelle, weshalb der Gemeinderat in dieser Art und aus eigenem Antrieb bis anhin nichts unternommen habe, dann sei das nicht zuletzt auf das bei der BVE hängige Beschwerdeverfahren zurückzuführen. Ausserdem wäre ein direktes Eingreifen der Exekutive per se zu überprüfen. Und zudem bestehe aus Sicht des Gemeinderates diesbezüglich keine zeitliche Dringlichkeit etwas zu unternehmen.

Würde der Gemeinderat jetzt aufgrund der Diskussion im Stadtrat zu einer entsprechenden Handlungsweise aufgefordert, dann könnte sich der Gemeinderat - wie bereits erwähnt - auch in die Lage versetzt fühlen - unter Würdigung der erfolgten demokratischen Meinungsbildung - mit den Gesuchstellern in Kontakt zu treten, um mit geeigneten Mitteln (einer unverbindlichen Aufforderung) das Gespräch zu suchen.

Zusammenfassend halte er fest:

- Die Behandlung der Baugesuche seien im Sinne des kantonalen Baugesetzes sowie des Baureglementes der Stadt Langenthal erfolgt. Der Gegenstand der Baugesuche habe keine Ausnahmen beansprucht. Die formelle Eröffnung sei entsprechend den rechtlichen Bestimmungen jeweils vom Stadtpräsidenten gemacht worden.
- Zu beiden Bauentscheiden sei Beschwerde geführt worden. Die Beschwerdeinstanz sei die BVE. Die zweite Beschwerde sei nach wie vor und wie zum Zeitpunkt des 29. Novembers 2009 (Volksabstimmung) noch hängig.
- Unabhängig der aktuellen Fragen, respektiere der Gemeinderat die direkte Demokratie. Das heisse, dass für den Gemeinderat sowie für die Staatswissenschaftler seit dem deutlichen Abstimmungsergebnis die Voraussetzungen zur Umsetzung des Bauvorhabens nicht klar seien.
- Der Gemeinderat wolle sich nicht aus eigenem Antrieb in der Sache engagieren, weil er sich nicht direkt ins Beschwerdeverfahren, welches gegen einen Entscheid der Stadt gerichtet sei, einmischen wolle.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

- Wenn das Parlament gemäss der Parlamentarische Erklärung mehrheitlich einen entsprechenden Antrag stelle, könne sich der Gemeinderat absolut vorstellen - im Rahmen möglicher Kontakte - aktiv zu werden.

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Wenn der Rat heute über das Minarett in Langenthal rede, dann rede der Rat definitiv nicht mehr über ein baurechtliches Thema. Seit der Abstimmung vom 29. November 2009 seien Minarette schweizweit verboten. Wenn man heute über das Minarett-Thema rede, dann gehe es somit um ein staatspolitisches und demokratiepolitisches Problem. Am 29. November 2009 hätten 57% der schweizer Bevölkerung der Initiative zum Verbot von Minaretten zugestimmt. Wenn man sich den historischen Kontext dazu vergegenwärtige, dann stelle man fest, dass noch nie in der Geschichte des Bundesstaates Schweiz so viele Menschen einer Volkinitiative zugestimmt haben (nicht einmal als es darum gegangen sei, den 1. August als Feiertag zu erklären). Auch in Langenthal sei die Zustimmung zur Initiative sehr hoch gewesen. Über 60% der Stimmbürger hätten zugestimmt, was überdurchschnittlich viel sei.

Welche Stadtratsmitglieder am Abstimmungssonntag Ja oder Nein gestimmt haben, spiele im Moment keine Rolle, weil es im Moment allein um die Frage gehe, wie der deutliche Volkswille umgesetzt werden soll. Die islamische Glaubensgemeinschaft in Langenthal habe das Resultat nicht etwa akzeptiert, sondern probiere jetzt mit juristischen Spitzfindigkeiten an ihrem Gesuch festzuhalten. Und das nota bene, obwohl die Führung der Langenthaler islamischen Gemeinschaft immer wieder gesagt habe, nichts gegen den Willen der Nachbarn zu unternehmen. Jetzt haben sich nicht nur die Nachbarn, sondern die ganze Stadt, sogar das ganze Land gegen Minarette ausgesprochen. Offenbar sei man in der islamischen Gemeinschaft aber nicht bereit, dem Versprechen Folge zu leisten. Dieses Verhalten sei sehr unglaublich. Die Politik sei nun gefordert, diese Situation zu klären oder zumindest den Versuch dazu zu unternehmen und dies im Rahmen des Dialogs und nicht mit der Brechstange. Dieses Anliegen werde speziell von dieser Seite immer wieder vertreten. In diesem Rahmen solle versucht werden, die islamische Gemeinschaft zum Rückzug ihres Gesuches zu überzeugen bzw. zu bewegen.

Ein Festhalten am Minarettgesuch nütze niemandem und somit auch nicht der islamischen Gemeinschaft. Denn, wer offen demonstriere, dass er sich um klare Volksentscheide fouthiere, zeige nicht wirklich viel Integrationsbereitschaft.

Die Erklärung des Gemeinderates löse nicht gerade Begeisterung aus, sei aber zufriedenstellend. Langenthal pflege die schöne Tradition von "runden Tischen" zu Themen Finanzen, Sicherheit, etc. In diesen Gesprächen sei etwas bewirkt worden. Es sei deshalb nicht einzusehen, weshalb gerade zum vorliegenden sensiblen Thema auf das Instrument des "runden Tisches" oder zumindest auf ein ähnliches Instrument nicht zurückgegriffen werde. Es sollte versucht werden, im Gespräch die Chance zu nutzen, die islamische Gesellschaft zum Rückzug des Gesuches zu bewegen. In diesem Sinne sei die SVP-Fraktion mit der Stellungnahme des Gemeinderates zufrieden und hoffe auf die "Erheblicherklärung" der Parlamentarischen Erklärung.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion habe die Parlamentarische Erklärung der SVP eingehend und kontrovers diskutiert. Dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass sich beide Parteien (EVP und glp) im Vorfeld zur Abstimmung gegen die Minarett-Initiative ausgesprochen haben.

Für die Parlamentarische Erklärung spreche aus Sicht der EVP/glp-Fraktion das deutliche und unmissverständliche Resultat der Minarett-Abstimmung. Der schweizer Souverän habe klar zum Ausdruck gebracht, dass er in der Schweiz keine Minarette will. Auch die Langenthaler Bevölkerung habe deutlich Nein zu Minaretten, speziell zu einem Minarett in Langenthal, gesagt.

Konkret heisse das, dass die Bundesverfassung seit dem 29. November 2009 einen Artikel aufweise, der den Bau von Minaretten verbietet. Es wäre deshalb ein Affront gegenüber dem Volkswillen, wenn in den nächsten Jahren in Langenthal trotz des Verfassungsartikels ein Minarett gebaut werden könnte. Als Demokraten werde von Volksvertretern erwartet, den Volkswillen zu respektieren und wortgetreu umzusetzen - auch wenn vor der Abstimmung eine andere Meinung vertreten worden sei.

Dass die muslimische Gemeinschaft in Erwägung ziehe, diesen Volkswillen mit juristischen Tricksereien oder



einem Weiterzug an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auszuhebeln, habe in der EVP/glp-Fraktion Unverständnis ausgelöst.

Gegen die Parlamentarische Erklärung der SVP spreche, dass der Gemeinderat aufgefordert werde, indirekt in ein laufendes baurechtliches Verfahren einzugreifen. Auch in der Politik gelte der Grundsatz, dass während des Spiels die Regeln nicht abgeändert werden sollen. Es gelte nun also die Güterabwägung vorzunehmen, was höher wiege: der Volkswille oder ein Baurechtsverfahren?

Schliesslich giesse die Erklärung neues Öl in ein Feuer, das in Langenthal bereits seit mehreren Jahre lodere. Der Minarett-Wagen an der Fasnacht habe vor kurzem noch einmal vor Augen geführt, wie emotional das Thema "Minarette" eigentlich sei. Die SVP-Erklärung provoziere die Muslime in Langenthal unnötig und könnte die Gesuchsteller noch mehr radikalisieren. Da ja das Gesuchsverfahren seinen Rechtsweg nehme, könnte die Erklärung auch als nicht notwendig betrachtet werden.

Die EVP/glp-Fraktion habe die verschiedenen Sichtweisen gewichtet und komme mehrheitlich zum Schluss, die vorliegende Parlamentarische Erklärung zu unterstützen. Die EVP/glp-Fraktion gewichte das klare Volksnein stärker, als ein laufendes Verfahren. Damit soll der Gemeinderat aufgefordert werden, das Möglichste zu tun, um den Volkswillen vom 29. November 2009 umzusetzen und die muslimische Gemeinschaft zum Rückzug ihres Baugesuches zu bewegen. Dies würde im Übrigen auch einer früheren Zusicherung der muslimischen Gemeinschaft entsprechen, welche immer wieder versprochen habe, bei Widerständen aus der Bevölkerung auf das Minarett zu verzichten.

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion habe sich eingehend mit dem Geschäft befasst. Da es sich um ein hängiges Verfahren handle, sei die FDP/jll-Fraktion der Meinung, dass die Parlamentarische Erklärung ausser Öl ins Feuer zu giessen, nichts bewirke. Aus diesem Grund verzichte die FDP/jll-Fraktion auf eine weitere Stellungnahme und werde dementsprechend leicht unterschiedlich und tendenziell eher mit Nein über die Parlamentarische Erklärung abstimmen.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Zum Glücke gebe es in Langenthal noch andere Themen als die Minarett-Thematik. Die SVP-Fraktion steche immer ins gleiche Wespennest, ohne zu merken, dass die Wespen schon längst ausgeflogen seien. Ob in Langenthal ein Minarett gebaut werde, werde nicht von Langenthalern, sondern vor allem vom Kanton oder vom Bund entschieden.

Die SP/GL-Fraktion verlange, dass in der Schweiz Rechtssicherheit herrsche auf die man sich verlassen könne. Das Baugesuch für das Minarett in Langenthal sei im Jahre 2006 und somit lange bevor der Souverän das Minarett-Verbot beschlossen habe, gestellt worden. Die SP/GL-Fraktion erwarte, dass die Gesuchsteller ein faires und rechtlich korrektes Baubewilligungsverfahren erhalten. Dass ausgerechnet ein Jurist aus dem Parlament an dieser Rechtssicherheit sägen wolle, gebe der SP/GL-Fraktion zu denken. Die SP/GL-Fraktion wolle nicht zum "Schurkenstaat" degradiert werden und lehne aus diesem Grund die Überweisung der Parlamentarischen Erklärung einstimmig ab.

Beat Sterchi: In verschiedenen Gesprächen mit Anwohnern des Minarett-Areals habe er verwundert vernehmen müssen, dass er der erste Stadtrat sei, der sich überhaupt jemals mit den Anwohnern in Verbindung gesetzt habe. Er habe sowohl mit Anwohnern, die Einsprache erhoben haben, mit solchen, die keine Einsprache erhoben haben, als auch mit engagierten Beschwerdeführern gesprochen, weil es ihn einfach interessiert habe, aus welchen Gründen Widerstand gegen das Bauvorhaben bestehe.

Grundsätzlich habe er normale Langenthaler Bürger angetroffen, die zufälligerweise dort wohnen würden, welche aber klar nachbarschaftliche Anliegen haben. Die Anwohner hätten aber das Gefühl, dass sie mit ihren Anliegen bis jetzt bei den Behörden zuwenig Gehör gefunden haben. Es gehe wie bei allen Bauvorhaben mit publikumsträchtigen Veranstaltungen in erster Linie um Verkehrs- und Parkierungsprobleme, sichere Schulwege, gesicherte Wege für Fussgänger und befürchtete oder bereits vorhandene Immissionen. Die öffentlich diskutierte Frage des Minaretts sei zwar auch erwähnt worden, stehe für die Anwohner jedoch eher im Hintergrund.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Ein Blick auf das Baugesuchsverfahren zeige, dass es nicht nur um den Turmbau, sondern auch um einen wesentlichen Ausbau des heutigen Moscheebetriebs gehe. Sowohl offenbar der Turmbau, wie auch die Erweiterung seien im Einsprache- und Beschwerdeverfahren umstritten. Heute präsentiere sich die Situation so, dass eigentlich die islamische Gesellschaft in der Baubewilligung die Auflage erhalten habe, nachzuweisen, dass sie 16 Parkplätze habe. Im Verfahren der Baubewilligung habe die Sicherstellung der Parkplätze zu Problemen geführt. Im Moment sei es so, dass die 16 Parkplätze der islamischen Gesellschaft nicht nachgewiesen werden können. Ob der Nachweis noch gelinge, sei mehr als fraglich. Es handle sich hierbei offenbar um kantonale Vorschriften. Der Kanton gebe vor, wie lange die Parkplätze sein müssen, wo die Ausfahrt sein müsse etc., etc.

Beim Turmbau sei nicht nur das Ergebnis der Minarett-Initiative, sondern als erstes die Zonenkonformität zu beachten, welche der Gemeinderat offensichtlich bejaht habe. Nach Betrachtung des sehr detaillierten Baureglements halte er diese Auslegung für etwas gewagt. Das Bauvorhaben befinde sich - im Gegensatz zum Bauvorhaben in Wangen bei Olten - in einem Wohnquartier mit entsprechenden baupolizeilichen Auflagen. Gemäss aktuellem Baureglement gebe es in Langenthal bei kirchlichen Bauten an drei Standorten die Erlaubnis zum Turmbau (reformierte Kirche Geissberg, katholische Kirche an der Talstrasse und das Zwinglihaus). Wenn nun einer dieser Betreiber (Kirchgemeinden) seine Kirche abändern möchte (beispielsweise die katholische Kirche möchte eine sechste Glocke, die reformierte Kirche einen zweiten Turm), gäbe es in Langenthal gemäss festgelegten Bestimmungen im Baureglement zwingend eine Volksabstimmung.

Für weitere kirchliche Gebäude, wie das katholische Kirchgemeindehaus an der Hasenmattstrasse und das Versammlungshaus der freien evangelischen Gesellschaft an der Weissensteinstrasse, sei ein Turmbau in den Bauvorschriften ausgeschlossen. Ob in einer gemischten Wohnzone, wie in der Bützbergstrasse, ein Minarett möglich sei, sei bis jetzt im Kanton Bern aus Sicht der Zonenkonformität nicht rechtskräftig entschieden. Es gebe aber mehrere publizierte Entscheide über Kirchenbauten in Wohnzonen, die einen Turmbau ausschliessen. Mit christlichen Bauten sei meistens das Problem mit Glocken verbunden, womit ein Turmbau nicht möglich sei. Er sei gespannt, wie die Baudirektion die Lücke, welche ganz klar im Baureglement der Stadt Langenthal für Wohnzonen vorhanden sei, ausfüllen werde. Es falle ihm einfach auf, dass sämtliche übrigen Versammlungslokale von Freikirchen, welche in Langenthaler Wohnquartieren liegen, weder Türme noch Glocken aufweisen.

Was aber aus Gründen des öffentlichen Interesses und der Rechtsgleichheit gegenüber anderen kirchlichen Lokalen verlangt werden müsse, sei die saubere Verkehrs- und Parkierungsregelung. Er habe mit eigenen Augen gesehen, dass beim Freitagsgebet, die von der islamischen Gemeinschaft praktizierte Verkehrs- und Parkierungsregelung in klarer Weise die Anwohner bei der Zufahrt zu ihren Grundstücken störe sowie die Durchfahrt und vor Allem den Fussgängerverkehr behindere. Er verlange, dass in diesem Fall mit gleichen Ellen gemessen werde, wie bei anderen Versammlungslokalen. Beim Zwinglihaus, beim katholischen Kirchgemeindehaus, bei der Kirche am Geissberg, bei den methodistischen und den neuapostolischen Kirchen an der Talstrasse und auch an der Weissensteinstrasse seien sämtliche Aus- und Umbauprojekte von der Regelung der Verkehrs- und Parkierungsordnung und von Investitionen in vorschriftsgemässe Parkierungsanlagen abhängig gemacht worden. Die Betreiber hätten zum Teil grosse Investitionen machen müssen, um vorschriftsgemässe Parkierungsanlagen realisieren zu können. Die Anwohner an der Klus- und Bützbergstrasse haben das Recht, dass ihre Anliegen bei der Moscheeerweiterung durchgesetzt werden und, dass sie angehört werden.

Die für ihn entscheidende Frage sei deshalb, wie die Parteien vernünftig an einen Tisch gebracht werden können, damit in absehbarer Zeit eine gangbare Lösung gefunden werden kann. Die Drohung der islamischen Gemeinschaft, allfällige ihr nicht genehme Bauentscheide bis nach Strassburg weiterzuziehen, sei sicher kein vernünftiger Lösungsansatz. Damit sei niemandem gedient und selbst, wenn das Minarettverbot die EMRK verletzen würde, seien die nachbarschaftlichen Probleme des Bauvorhabens noch lange nicht gelöst.



Die Anwohner hätten ihm gegenüber ihre Bereitschaft zur Lösung des Problems, Hand zu bieten, erklärt (auch auf dem Verhandlungsweg und ausserhalb der Baubewilligung); allerdings in Anerkennung des klaren Volksentscheides und unter Einhaltung einer vernünftigen Verkehrs- und Parkierungsordnung, welche den berechtigten Interessen der Anwohner und den qualitativen Anforderungen an ein Wohnquartier Rechnung trage. Als Stadtratsmitglieder dürfe nicht einfach passiv zugeschaut und die Auseinandersetzung irgendwelchen Gruppen (der BVE) überlassen werden. Es handle sich um ein lokales Problem, das in Langenthal selber entschieden werden müsse.

Die bereits erwähnten tätlichen Ereignisse nach dem Fasnachtsumzug hätten gezeigt, dass die Frage eskalieren könne und Lösungsbedarf klar gegeben sei. Die Parlamentarische Erklärung gehe seiner Ansicht nach in die richtige Richtung. Es gelte Druck aufzubauen, damit die leidige Angelegenheit mit dem Baugesuch der islamischen Gemeinschaft nicht noch ewig weitergehe. Das Baugesuch befinde sich offensichtlich in einer Sackgasse, die Fortführung der Rechtsmittelverwahrung bringe keine vernünftige Lösung, bis irgendwann die monetären Interessen der Anwälte im Vordergrund stehen werden. Die islamische Gemeinschaft müsse von ihrem Minarettvorhaben Abstand nehmen und ihr Baugesuch derart anpassen, dass es den baurechtlichen Vorschriften entspreche und auch die Interessen der Anwohner angemessen berücksichtige.

In Bezug auf die von der SP/GL-Fraktion erwähnte Rechtssicherheit, halte er fest, dass die Alte Mühle Langenthal heute nicht mehr stehen würde, wenn das gemacht worden wäre, was die SP/GL-Fraktion verlange. Für die Alte Mühle sei eine Initiative eingereicht worden, um die Alte Mühle und das Bauernhaus zu erwerben und zu schützen. Zum Zeitpunkt als die Initiative eingereicht worden sei und somit darüber noch nicht abgestimmt worden sei, habe die Baukommission für das Bauernhaus schon bereits eine Baubewilligung für einen 3-stöckigen Wohnblock erteilt. Dahinter würde zudem heute auch ein Doppel Einfamilienhaus stehen, wenn man die Rechtsauffassung hätte, die von Stadtrat Samuel Köhli gefordert worden sei. Es sei ganz klar die Aufgabe des Stadtrates, Probleme dieser Art, in einer für Langenthal üblichen unspektakulären Weise zu regeln. Mit der Parlamentarischen Erklärung werde genau dieser Zweck erfüllt.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 19 Stimmen Nein gegen 16 Stimmen Ja (bei 2 Enthaltungen):

- **Die Parlamentarische Erklärung "Ja zum Minarettverbot - direkte Demokratie jetzt respektieren" der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2009 wird abgelehnt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Überbauungsordnung Nr. 14 "Wuhr"; Umgestaltung Wuhrplatz; Information über den Projektstand

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass es sich bei diesem Traktandum um eine reine Information des Gemeinderates über den momentanen Stand der Umgestaltung "Wuhrplatz" handle. Im Anschluss an den Vortrag könne weder Antrag gestellt werden, noch sei eine Diskussion vorgesehen, da das Geschäft bereits am 24. August 2009 vom Stadtrat verabschiedet worden sei.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat habe sich zu dieser Information entschieden, weil das vom Stadtrat am 24. August 2009 verabschiedete Projekt weiterentwickelt worden sei. Die Wuhrplatzgestaltung sei eines der zentralen Bauvorhaben der Stadt, weshalb der Gemeinderat vom virulenten Interesse der Stadträtinnen und Stadträte am Projektstand überzeugt sei. Es gehe nicht darum, ein neues Projekt zu präsentieren. Sondern, es gehe darum, über Entwicklungen und über gewisse Details zu informieren, die im Rahmen der konkreten Umsetzung des Projektes zu gewissen Diskussionen Anlass geben haben. Die Entwicklungen seien in sehr eingehenden Arbeiten - unter Einbezug der Bau- und Planungskommission - erfolgt. Die Bau- und Planungskommission habe die Entwicklungsprozesse sehr eingehend begleitet und stehe einstimmig hinter den Vorschlägen, über die der Stadtrat heute informiert werde und die Bestandteil für die Submission der Detailprojektierung massgebend sein werden.

Obwohl es selbsterklärend sei, halte er an dieser Stelle fest, dass von den gleichen Kosten die Rede sei, die mit Stadtratsbeschluss vom 24. August 2009 bewilligt worden seien.





Wuhrplatz Information zum Bauprojekt

Weiterbearbeitung des vom Stadtrat am 24. August 2009 bewilligten Projektes.

Stadtbauamt Langenthal

www.langenthal.ch

Zustand heute





Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

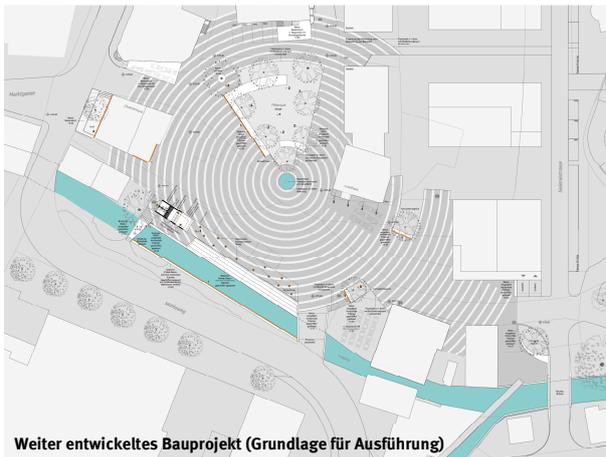


genehmigtes Projekt (Stadtrat vom 24. August 2009)



UMGESTALTUNG WÜHRPLATZ
Kunst und Bau Eva Betschinger, Tropfen
genehmigtes Projekt inklusive Bodenbelag

Aus den Stadtratsvoten seien diverse Anregungen herausgegangen. Unter anderem sei die Farbwahl als nicht sehr glücklich bezeichnet worden, weil sie die Lesbarkeit der Pläne erschwert habe.

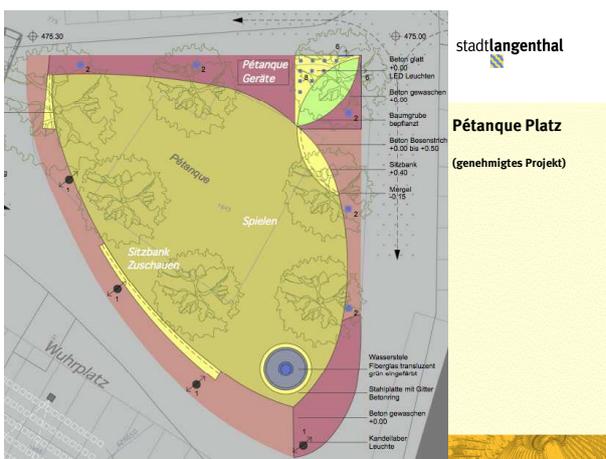


Weiter entwickeltes Bauprojekt (Grundlage für Ausführung)

Das genehmigte Projekt beinhalte im Baufeld entlang der Langeten ein Mehrzweckgebäude sowie dessen Anstoss an die Langeten. Gegenüber der Vorlage vom 24. August 2009 sei verbessert worden:

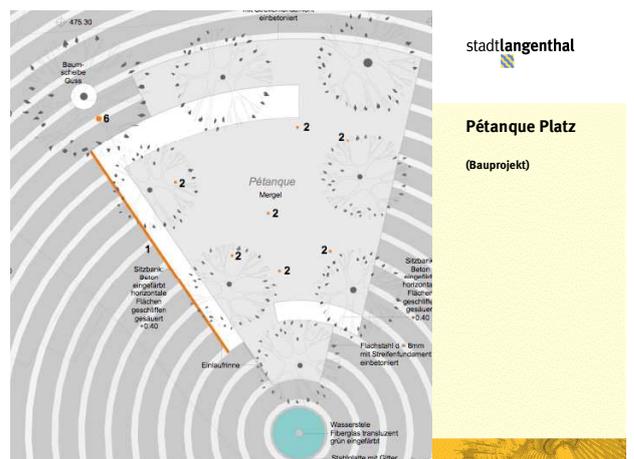
- Der Zugang zur Langeten sei grosszügiger gestaltet und das Mehrzweckgebäude sei um diesen Zugang verschoben worden.

Für Details zum Pavillon siehe Folien "Pavillon Bereich (genehmigtes Projekt)" und "Pavillon Bereich (Bauprojekt)"



stadtlangenthal

Pétanque Platz
(genehmigtes Projekt)



stadtlangenthal

Pétanque Platz
(Bauprojekt)

Weiter habe sich die Bau- und Planungskommission mit der Detailausgestaltung des Platzes mit den bestehenden Bäumen auseinandergesetzt:

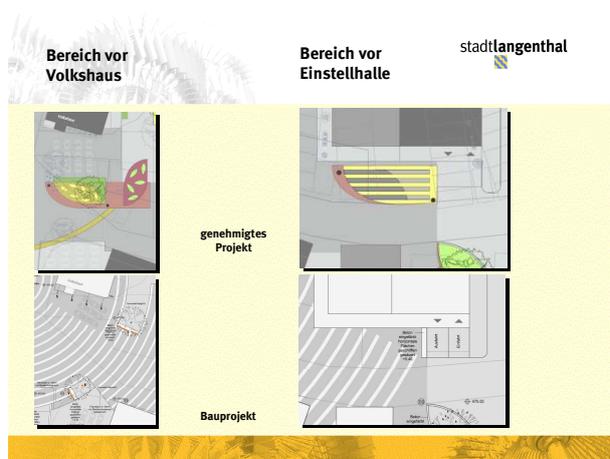
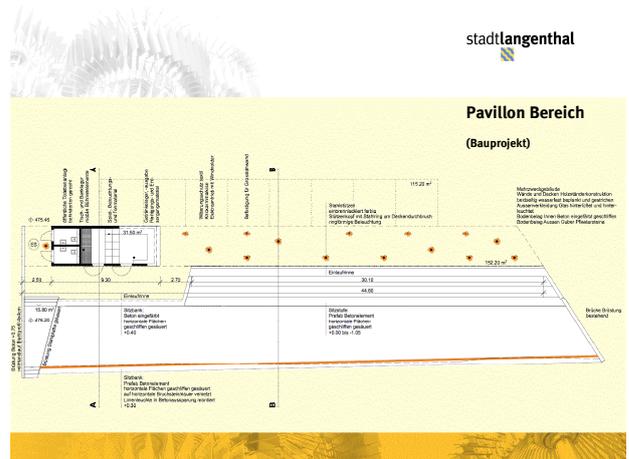
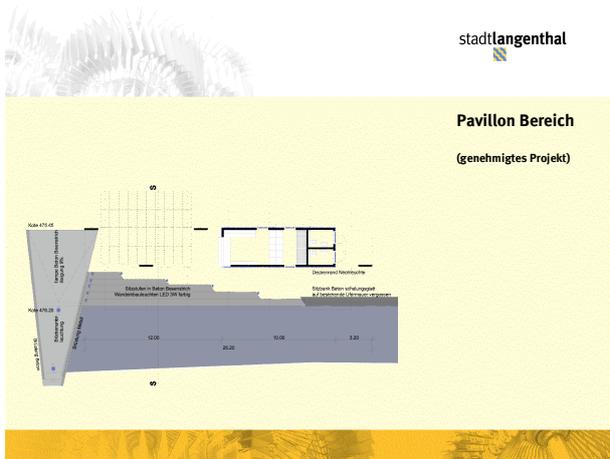


Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Gegenüber der Vorlage vom 24. August 2009 seien die Abgrenzungen zwischen dem Platz und der Pétanque-Insel anders ausgestaltet worden. Am Baumbestand ändere sich nichts, wogegen die Angliederung der Abgrenzungen des Platzes zur Pflasterung verbessert werde. Dieses Detail sei durch die Kontaktaufnahme zu Pflasterern bemerkt und angepasst worden.

Eine weitere Verbesserung stelle auch die Verschiebung des Zentrums des Platzes um etwa 2m (aus der Pétanque-Insel heraus) dar. Damit werde ein verbesserter Bezug zur konzentrischen Anordnung der verschiedenen farbigen Pflastersteine erwirkt und trage dem Siegerprojekt "Kunst am Bau - Tropfen" noch mehr Bedeutung zu.



Weitere Änderungen seien im Bereich des Volkshauses und im Bereich der Einstellhalle bei den geplanten festen Installationen vorgenommen worden. Die Bau- und Planungskommission sei in Anbetracht der bereits vorgenommenen verstärkten Gestaltungsmöglichkeiten entlang der Langenten zum Schluss gekommen, auf die in diesen Bereichen vorgesehenen Gestaltungselemente zu verzichten.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010



Übergänge zu den privaten Liegenschaften:

In den letzten Wochen seien intensive Gespräche mit den privaten Anstössern geführt worden. Aus den sehr positiven Reaktionen sei das Interesse der Anstösser an der Platzgestaltung spürbar. Es sei wichtig, dass die Gestaltung nicht bei den angrenzenden Eigentümern aufhöre, sondern, dass diese ins Projekt integriert und die Gestaltung weitergeführt werde. Die dazu entsprechend notwendigen Vereinbarungen seien auf guten Wegen.



Im Stadtrat am 24. August 2009 genehmigte Projekt wurde weiterbearbeitet. Liegendes Bauprojekt wurde die Stellungnahme der Bau- und Planungskommission und die verschiedenen Äusserungen, welche im Rahmen des Projektgenehmigungsverfahrens eingebracht wurden, in die Planung einbezogen. Die Anpassungen sind kostenneutral.

• **Verbesserte Integration Kunst und Gestaltung/Funktion (Verzicht/Ersatz "Inseln")**

• **Bessere bautechnische Anschlüsse bei der Pflasterung**

• **Entfernen aller Bäume im Pétanque Bereich und besserer funktionaler Bezug (Spiel/Sitzfläche)**

• **Initiative und qualitative Optimierung der Sitzstufen entlang der Langete und damit**

• **Verbesserung der Verschiebung des Pavillons (Sichtbezug)**

• **Stärkeres Lichtkonzept**

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Postulat Steiner Daniel und Steiner Reto (beide EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2007 betreffend die Prüfung der Erarbeitung eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes für das Mühleareal (erheblich erklärt am 21. Januar 2008); Information zum Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das Mühleareal; Erläuterung des Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes Mühleareal vom 7. Dezember 2009; Start des Vernehmlassungsverfahrens

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass es sich bei diesem Traktandum um eine reine Information des Gemeinderates über den aktuellen Stand des "Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes für das Mühleareal" handle. Im Anschluss an den Vortrag könne weder Antrag gestellt werden, noch sei eine Diskussion vorgesehen. Der Prüfungsauftrag sei immer noch im Gange. Im Anschluss daran werde ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

Stadtratspräsident Thomas Rufener: Die Berichterstattung zum Thema sei in zwei Teile gegliedert:

1. Generelle Beurteilung des Themas und Lieferung der Begründung, weshalb der Gemeinderat heute darüber informiere.
2. Präsentation von Stadtbaumeister Urs Affolter zum "Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das Mühleareal".

Allgemein bekannt sei, dass in Langenthal in verschiedener Intensität in strategischen Gebieten Handlungsbedarf gefordert werde. Eines dieser Gebiete stelle das Mühleareal dar. Dazu seien entsprechende parlamentarische Vorstösse eingereicht worden. Der Gemeinderat habe aber auch in verschiedenen anderen Gebieten Studien in Auftrag gegeben.

Beim Erarbeiten eines solchen Konzeptes werde von gewissen Ideen, von gewissen Situationen, von gewissen Nutzungsvorstellungen ausgegangen. Bis anhin sei der Gemeinderat so vorgegangen. Im Anschluss daran habe eine Beurteilung der Priorität stattgefunden, wofür vertiefte Projekte und Kreditvorlagen ausgearbeitet worden seien, die dann dem Stadtrat zur Diskussion vorgelegt worden seien. Der Gemeinderat möchte einmal einen neuen Weg beschreiten. Er möchte von den Stadträtinnen und Stadträten und auch von den Stadtratsparteien eine gewisse Grundstimmung abholen und dabei Fragen klären - wie die Haltung gegenüber eines solchen Konzepts sei, und ob es auch so gesehen werde, wie der Gemeinderat es vorschlage - bevor eine vertiefte Detailprojektierung und Geschäftsvorbereitung eingeleitet werde, die dann im Stadtrat diskutiert werde. In diesem Sinne komme der Gemeinderat auch einem gelegentlich im Stadtrat geäusserten Ansinnen nach.

Die Präsentation sei nicht nur als eigentliche Orientierung, sondern als eine Art Initialzündung zu verstehen, an die dann ein Verfahren (Vernehmlassungsverfahren) anschliessen werde. Die Konzeptstudienunterlagen und ein entsprechender Fragebogen würden in den nächsten Tagen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens verschickt. Damit biete sich die Gelegenheit und die grosse Chance, sich zu ganz bestimmten Fragen vernehmen zu lassen. Der Gemeinderat sei davon überzeugt, sich vom Rückfluss der Eingaben ein Bild über die Haltung machen zu können. Er erhoffe sich damit auch für seine potentiellen strategischen Entwicklungsgebiete Nägel stecken zu können, um sich später nicht mit Fragen aufzureiben, ob im Mühlesilo ein Archiv gesehen werde, ob im Bauernhaus eine bestimmte Nutzung wirklich gesehen werde und wenn ja, in welcher Etappierungen etc.

Der Gemeinderat fordere die Mitglieder des Stadtrates auf, die Gelegenheit wahrzunehmen und sich am Vernehmlassungsverfahren zu beteiligen. Mit der Vernehmlassung lasse sich eine spannende Ausgangslage, in verschiedenen für Langenthal wichtige Gebiete, schaffen. Wenn mit diesem Vorgehen gute Erfahrungen gemacht werden, lasse sich dieses auch in weiteren Gebieten (Studien: Markthallenareal, Porzellanfabrikareal etc.) einsetzen.



Stadtbaumeister Urs Affolter: Wie Stadtpräsident Thomas Rufener bereits erwähnt habe, werde den Parlamentariern in den nächsten Tagen die erstellte Konzeptstudie zugestellt. Ein Destillat daraus präsentiere sich wie folgt:

Erarbeitung eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes für das Mühleareal

Stadtbauamt Langenthal

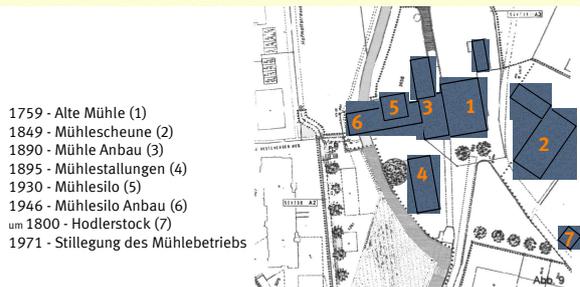


stadtlangenthal

Die heutige Alte Mühle sei in den Jahren 1754 bis 1759 entstanden. Im Zusammenhang mit einer Schenkung an das Kloster St. Urban sei sie erstmals im Jahre 1224 erwähnt worden; es sei davon auszugehen, dass sie mindestens 100 Jahre älter sei. Im 16. Jahrhundert sei sie an eine Familiendynastie Marti übergegangen und 1839 sei sie dann von der Familie Geiser übernommen worden. Die Mühle sei bis 1971 betrieben und im Jahr 1978 verkauft worden. Im Jahr 1981 habe eine Umzonung, und auf eine Initiative hin, der Verkauf an die Gemeinde Langenthal stattgefunden. Damals sei auch vorgesehen gewesen, das Mühlesilo abzubrechen.

Bauchronik/Situation

stadtlangenthal



Im Jahre 1988 sei ein Sanierungsvorschlag abgelehnt worden. Im Jahre 1989 sei die Stiftung Mühle gegründet worden. Im Jahre 1992 seien dann Fr. 6,5 Mio. für die Sanierung der Mühle und den Zwischenbau gesprochen worden, die dann der Stiftung übergeben worden seien. Seit dem Jahre 1995 sei der Bau fertig und das Design Center habe den Betrieb aufgenommen. Seit dem Jahre 2004 laufe der Betrieb wie er eigentlich heute noch stattfindet.

Untersuchungen

stadtlangenthal

- Analyse der Entwicklung im Mühleareal
- Analyse der Sanierungsbedürfnisse der vorhandenen Objekte
- Ausarbeitung eines Nutzungs- und Entwicklungskonzeptes für bestehende und neue Objekte im Areal

Bestandesanalyse

stadtlangenthal



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

stadtlangenthal

Alte Mühle

Bedarf für Massnahmen

Die Stiftung Mühle (heutige Verwalterin) kann bis heute **keine Rückstellungen** für langfristig anstehende Massnahmen vornehmen

≪ **Stützung der Nutzung durch Synergiebildung im peripheren Bereich**

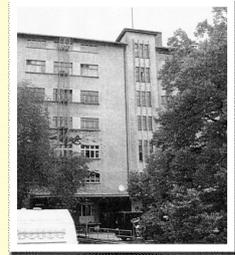


stadtlangenthal

Mühlesilo

Dringender Bedarf für Massnahmen

- Undichtes Flachdach
- Undichtes Steildach
- Fehlende Isolationen
- Abplatzende Fassaden/Risse
- Undichte Fenster
- Zu kleiner Öltank
- Unbrauchbarer Aufzug
- Keine Invalidengängigkeit
- veraltete und schadenanfällige Heizung
- veraltete und schadenanfällige elektrische Installation



stadtlangenthal

Mühlehof

Bedarf für Massnahmen

Für eine bessere Nutzung sind **zumindest** Sanierungen nötig in den Bereichen:

- Gebäudeisolation
- Zentrale Installationen

Problem:

teure Massnahmen, schwierige Umnutzung!



stadtlangenthal

Mühlestellungen

Bedarf für Massnahmen

Abklärungen über die langfristige alternative Nutzung des Standortes/Gebäudes



stadtlangenthal

Hodlerstock

Bedarf für Massnahmen

Aufwertung der Liegenschaft durch:

- Ersetzen der veralteten Holzheizung
- Innenausbau im Dachbereich



stadtlangenthal

Wirtschaftlichkeit heute

	Miete/Jahr	Miete/m2
Mühlestock+Zwischenbau (durch Stiftung verwaltet)	-	-.-
Mühlesilo	Fr. 98'348.-	59.- (o.S.) 41.- (m.S.)
Mühlehof	Fr. 10'000.-	8.-
Mühlestellungen (Jugendtreff + Kleintheater)	Fr. 36'000.-	71.-
Hodlerstock	Fr. 13'200.-	80.-



stadtlängenthal

2 Objekte für spezifische Fragen



stadtlängenthal

Mühlesilo

Umnutzung
überhaupt
möglich?



stadtlängenthal

Fazit des Rechtsdienstes über die Umnutzungsmöglichkeit des Mühlesilos

Der Gemeinderat kann die zukünftige Nutzung **frei prüfen**, da ein konkretes Umnutzungsprojekt dieser Grösse in die Zuständigkeit der Stimmbevölkerung fallen wird.

Vertiefte Abklärungen zur Bedeutung der Ausführungen betreffend der Abstimmungsbotschaft (Absicht eines Abbruchs) von 1984 erübrigen sich.

stadtlängenthal

Umnutzungsideen für das Silogebäude bis heute....

- Master Design Schule (BFH)
- Gewerberäume und Lofts (Ducksch&Anliker)
- Hoteltrakt (Lüscher Egli AG)
- Hotel (Ibis)

Problematik:

- Rentabilität zu niedrig
- Hohe Sanierungskosten
- Einengende Gegebenheiten

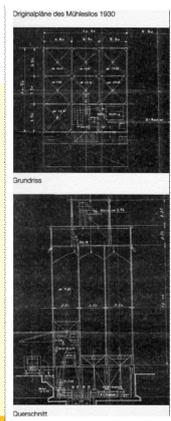
Neuer Ansatz

Siloturm als das verwenden, was er ist
↳ **Lagerraum!**

Problem mit Umnutzungsideen bis heute:
,Fremd-Umfunktionierung‘

Besser und kostengünstiger:
Struktur für Lagerhaltung beibehalten!

Nutzung als Archivraum:
Zentrales Stadtarchiv



stadtlängenthal

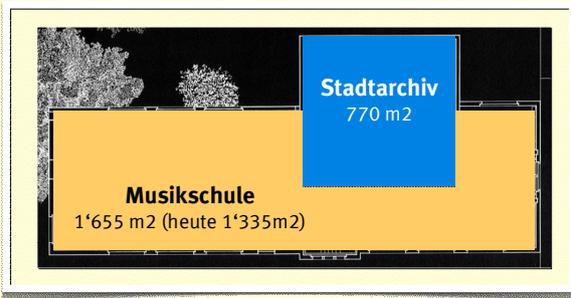
Heutige Archive in der Stadt

- 3 Archive Einwohnergemeinde (Löwen, Jurastr., Werkhof)
- 2 Archive Burgergemeinden (Jurastr.)
- 3 Kirchenarchive (Kirchgemeinden, Pfarrkapitel)
- 1 Archiv Forschungsstiftung (Zwinglihaus)
- 1 Archiv Studienbibliothek (Turnhallenstr., alte Abwartwhg.)
- Zeitungsarchiv Merkur
- Diverse Schularchive (Schulen, Waldhof, Krankenpflege)
- Diverse Industriearchive (Porzellanfabrik, Ammann, etc.)
- Kunst- und Museumsarchive (Theater, Museum)
- Zahlreiche Vereinsarchive (Regionalbibliothek)



Neue Doppelnutzung

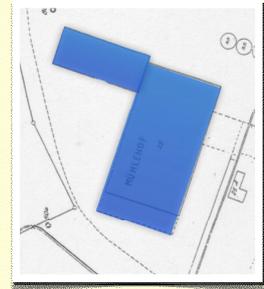
stadtlängenthal



Mühlehof

stadtlängenthal

Umnutzung **zurzeit**
überhaupt sinnvoll?



Umnutzungsideen für den Mühlehof bis heute....

stadtlängenthal

- Hotel mit Konferenz-/Showraum (negriarchitektur)
- Frei einteilbare Zonen für Designateliers (Ducksch&Anliker)
- Ausstellungshalle (Blum+Grossenbacher)
- Saal für 600-700 Personen (Lüscher Egli AG)

Problematik:

- Hohe Sanierungskosten
- Einengende Gegebenheiten

„Möglichkeiten“ für den Mühlehof

stadtlängenthal

öffentliche Nutzung

A

Saalbau
im „Bauern-
haus“

B

Saalbau*
in einem
Saalbau

private Nutzung

C

~~privates
Investoren-
projekt~~

D

~~öffentliche
Sanierung
für Private
(Start-ups)~~

*oder andere öffentliche Nutzung

Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes

stadtlängenthal

Studie für die Realisierung eines Saalbaus, Erarbeitung von:

- **Raumprogramm** (Saalgrösse, etc.)
- **Nutzungsmix** (in Zusammenhang mit der Alten Mühle)
- **Kostenschätzung** (mit Altbau/Neubau)



Umsetzung der Gesamtentwicklung des Mühleareals in Etappen

stadtlängenthal

7 mögliche Etappen...



Der Gemeinderat schlage 7 Etappen und Optionen vor, zu denen im Vernehmlassungsverfahren Stellung genommen werden soll.

1. Sanierung Mühlesilo und Silogebäude für Nutzung als Stadtarchiv und Oberaargauische Musikschule?
2. Erweiterung Parkplatzraum der Stadt um ca. 60 Plätze angrenzend an bestehendes SRO-Parking?



3. Nutzungskonzept für Saalbau. Wird in diesem Bau-feld wirklich ein Saalbau gesehen bzw. soll diese Idee weiterverfolgt werden?
4. Das SRO mache sich bereits erhebliche Gedanken über eine Parkplatzerweiterung (allenfalls Bau eines Parkhauses). Für die Stadt könnte es interessant sein, ein Geschoss zu erwerben.
5. Für das Bau-feld 5 stehe eine Nutzung noch offen. Ideen und Möglichkeiten?
6. Im Bau-feld 6 sei das Tokjo untergebracht. Soll das so bleiben, oder soll der Raum frei bleiben?
7. Im Bereich nördlich des Zwischenbaus könnte ein weiteres Bau-feld realisiert werden, um weitere Anbauten machen zu können.

Weiteres Vorgehen

Der Grundlagenbericht mit Handlungsempfehlungen wird dem Stadtrat und den Parteien zur **Vernehmlassung** unterbreitet. Insbesondere wird eine Stellungnahme zu folgenden Punkten erwartet:

- Erhaltung und Sanierung des Mühlesilos
- Neue Nutzung des Mühlesilos als Stadtarchiv und Musikschule (OML)
- Erweiterung der heute bestehenden SRO-Parkieranlage (Abklärung)
- Erstellung eines Nutzungskonzeptes für den Mühlehof

Stadtratspräsident Christoph Kuert dankt Stadtbaumeister Urs Affolter für die Ausführungen.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Mitteilungen des Gemeinderates

■ "Abfallwesen/Littering (Konzept BELLangenthal)"

Gemeinderätin Christine Bobst: *"Liebe Freunde der Stadt Langenthal, loset mal und loset genau, jetzt chunnt tatsächlich s'Projekt BELLangenthal!"*

Im Namen des Gemeinderats zeige sie auf, welche Massnahmen von der Arbeitsgruppe BELLangenthal betreffend die Problembereiche Gewalt, Littering und Vandalismus ausgearbeitet worden seien, um die bestehende Verunsicherung und Unsicherheit im öffentlichen Bereich anzugehen.

stadtlangenthal

BELLangenthal

Ein Projekt zur langfristigen Attraktivierung des öffentlichen Raumes in Langenthal



stadtlangenthal



Gewalt

Littering

Vandalismus

**verursacht
Unsicherheit
im
öffentlichen
Raum**

stadtlangenthal

Arbeitsgruppe



- ✂ Christine Bobst (GR, Vorsitz)
- ✂ Kurt Blatter (GR, Sozialwesen/Alter)
- ✂ Andreas Ryf (AföS)
- ✂ Tom Bertschinger (TOKJO)
- ✂ Rolf Baer (Schulen)
- ✂ Thomas von Burg (Bildung)
- ✂ Alain Perrenoud (Umwelt/Energie)

- ✂ Hanspeter Zingg (Werkhof)
- ✂ Nazmi Jakurti (interunido)

Kurt Blatter, ehemaliger Gemeinderat

Rolf Baer habe damals dem Gemeinderat noch nicht angehört.

Die Herren Hanspeter Zingg und Nazmi Jakurti seien punktuell beigezogen worden. Beide seien jedoch fast an jeder Sitzung dabei gewesen, weil sie sehr aktiv gewesen seien und ihre Beiträge sehr wichtig seien.

Die Arbeitsgruppe sei personell bewusst mit eigenen Ressourcen gebildet worden.



Ziele von BELLangenthal

- ☞ Besseres Bewusstsein und Respekt für Belange des öffentlichen Raumes
- ☞ Nebst objektiver Sicherheit ein erhöhtes subjektives Sicherheitsgefühl im Stadtraum
- ☞ Eindämmung von Littering und Vandalismus

Zielgruppen



- ☞ Vorbilder (Eltern, Lehrpersonen, Erwachsene im Allgemeinen)
- ☞ SchülerInnen + junge Erwachsene im öffentl. Raum
- ☞ PendlerInnen
- ☞ VeranstalterInnen
- ☞ Gewerbe
- ☞ Ausländische Wohnbevölkerung
- ☞ SeniorInnen

26
geprüft



7

Umsetzung
1. Priorität

Die Arbeitsgruppe habe insgesamt 26 Massnahmen intensiv geprüft, wobei 7 prioritäre Massnahmen festgesetzt worden seien.

Die Massnahmen seien schwergewichtig auf die Prävention ausgelegt, weil zur Zeit ein Sicherheitskonzept in Arbeit sei, worin der Repression schwerpunktmässig Rechnung getragen werde. In diesem Bereich werde die Kantonspolizei einerseits und somit die kantonale Gesetzgebung andererseits gefordert.

Umsetzung: 3 Amtsstellen

Sozialamt

- ☞ Massnahme 1
- ☞ Massnahme 5

AföS

- ☞ Massnahme 2
- ☞ Massnahme 3
- ☞ Massnahme 6

Stadtbaumat

- ☞ Massnahme 4
- ☞ Massnahme 7

Massnahme 1:

Die Bevölkerung im Umgang miteinander stärken.



- ☞ Zivilcourage fördern (Hauptziel)
- ☞ Kurse, Veranstaltungen (z.B. Neuzuzügeranlass)
- ☞ Einbezug ausländische Bevölkerung

Kosten für Stadt: offen



stadtlangenthal

Massnahme 2:

Förderung von Betrieben und Veranstalter mit Verpflegungsangebot



- ☞ "grüne Liste"
- ☞ Engagement fördernZusammenarbeit Stadt - Gewerbe

Kosten für Stadt: -

stadtlangenthal

Massnahme 3:

Party-Faltblatt



- ☞ Überarbeitung Verhalten im privaten und öffentlichen Raum
- ☞ Einbezug Schulen

Kosten für Stadt: 2'000.-

stadtlangenthal

Massnahme 4:

Problematik visualisieren



- ☞ Plakate Wettbewerb

Kosten für Stadt: 30'000.-

stadtlangenthal

Massnahme 5:

Aufstockung der mobilen Jugendarbeit



- ☞ Aufbau Vertrauensverhältnis, soziale KontrolleBeziehungsarbeit, Selbstverantwortung stärkenSensibilisierung, Prävention, PartizipationVermittlung (Einzelpersonen, Gruppen, Kulturen, Generationen), Beziehung im/zum Raum

Kosten für Stadt über 2 Jahre: 50'000.-/Jahr

stadtlangenthal

Massnahme 6:

Einführung einer Mehrwegempfehlung auf Geschirr an Anlässen durch die Veranstaltungsbewilligung



- ☞ Aufklärung, Vermittlung, Freiwilligkeit, fördern statt Verpflichtung

Kosten für Stadt: -

stadtlangenthal

Massnahme 7:

Schaffung eines niederschweligen Arbeitsplatzes im Werkhof



- ☞ Präsenzpermanente Reinigung, Flexibilität

Kosten für Stadt über 3 Jahre: 49'500.-/Jahr



stadtlangenthal

Zustimmung

- Kommission für öffentliche Sicherheit
- Volksschulkommission
- Sozialkommission
- Umweltschutz- und Energiekommission
- Finanzkommission

- Gemeinderat

Im Auftrag des Gemeinderates sei eine detaillierte rechtliche Abklärung der Kompetenzen durchgeführt worden. Die Prüfung habe ergeben, dass sich der Gemeinderat für die Beschlüsse der einzelnen Massnahmen aus kompetenzrechtlicher Sicht verantwortlich zeichnen könne, womit es sich um kein Stadtratsgeschäft handle.

stadtlangenthal

Umsetzung

- Pilotprojekt mit Erfolgskontrolle
- Koordination und Vernetzung
- Keine Koordinationsstelle (schlanke Verwaltung)
- Gemeinsame Quartals-Rapporte
- Rapportgruppe
- flexible regelmässige Hinterfragung der Massnahmen

Die Umsetzung sei bereits am Laufen.

An den gemeinsamen Quartalsrapporten würden die Arbeitsgruppenmitglieder teilnehmen. An Stelle von Kurt Blatter nehme der Amtsvorsteher des Sozialamtes, Adrian Vonrüti, Einsitz. Anstelle von Rolf Baer nehme Armin Flükiger Einsitz, und an Stelle des Fachbereichsleiter Bildung, Thomas von Burg, werde Brigitte Müller Einsitz nehmen.

Die Vernetzung und Koordination werde auch in Zukunft mit eigenen Ressourcen sichergestellt.

■ "Konzept Kinderspielplätze"

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Gemeinden würden periodisch in den Genuss von Ausschüttungen der Amtsanzeiger kommen. Im letzten Jahr habe das für die Stadt Langenthal den Betrag von Fr. 313'700.00 ausgemacht. Der Gemeinderat habe sich Gedanken gemacht, was mit diesem Betrag geschehen soll und habe sich dazu drei Kriterien erstellt:

1. Mit dem Betrag soll etwas bewirkt werden,
2. mit dem Einsatz des Geldes soll eine breite Öffentlichkeit angesprochen werden,
3. mit dem Geld soll eine entsprechende Nachhaltigkeit ausgelöst werden - insbesondere gegenüber der Herkunft des Geldes und somit gegenüber der Institution Amtsanzeiger.

Gleichzeitig habe der Gemeinderat auch beschlossen, das Geld nicht irgendwie "verzettelt" aufzuteilen, so dass niemand etwas davon merken würde, sondern, dass damit ein Zeichen gesetzt werde, was mit dem Beschluss, den ganzen Betrag für die Umsetzung des Kinderspielplatz-Konzeptes der Stadt Langenthal zu verwenden, erreicht worden sei. Mit der Erarbeitung des Kinderspielplatzes beim Hirschpark sei bereits ein erster Projektschritt im Gange.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Parlamentarische Fragestunde

Stadtratspräsident Christoph Kuert gibt bekannt, im laufenden Jahr voraussichtlich drei Parlamentarische Fragestunden auf die Traktandenliste zu setzen. Die Fragen seien jeweils bis Freitag Abend beim Stadtratssekretariat schriftlich einzureichen.

■ **Fragen von Stadtrat Samuel Köhli (SP)** betreffend den **Wiederaufbau des abgebrannten Kindergartenpavillons hinter dem Kreuzfeldschulhaus I:**

- a) *Wird der abgebrannte Pavillon hinter dem Kreuzfeldschulhaus I wieder aufgebaut. Wenn ja, wann?*
- b) *War dieser Pavillon von der Gebäudeversicherung des Kantons Bern versichert?*
- c) *Wird ein allfälliger Wiederaufbau des Pavillons im Rahmen der Versicherungsdeckung von der Gebäudeversicherung bezahlt?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener**, zu den Fragen a) - c) von Stadtrat Samuel Köhli (SP):

- a) Der Gemeinderat habe diesen Entscheid noch zurückgestellt, weil im Moment ein generelles Projekt zur Schulraumplanung laufe und er es als nicht sinnvoll erachte einen Entscheid zu fällen, bevor die Prüfungsergebnisse vorliegen.
- b) Ja.
- c) Die Versicherungssumme sei sichergestellt. Ob, oder falls die Summe dafür eingesetzt werde, stehe zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Der Gemeinderat stehe mit der Gebäudeversicherung in Kontakt womit diese im Bild sei, dass diese Frage nicht vorangetrieben werde

- **Anschlussbemerkung von Stadtrat Samuel Köhli (SP):** Ihm sei es wichtig, dass, wenn das Kreuzfeld saniert werde, möglichst viel Raum zur Verfügung stehe, weil dadurch weniger Provisorien gebraucht würden.

■ **Fragen von Stadträtin Nathalie Scheibli (SP)** betreffend die **Ludothek:**

Die Ludothek hat im Mühlesilo von der Stadt Räumlichkeiten für ihr Angebot gemietet.

- a) *Wie lange stehen ihr diese Räumlichkeiten noch zur Verfügung?*
- b) *Kann die Ludothek mit ihrem Angebot auch nach der Sanierung wieder im Mühlesilo eingemietet sein?*
- c) *Welche Räumlichkeiten könnte die Stadt Langenthal als Ersatz der Ludothek für dieses wichtige und viel gebrauchte Angebot der Ludothek vermieten?*
- d) *Laufen bereits Verhandlungen mit der Trägerschaft?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener**, zu den Fragen a) - d) von Stadträtin Nathalie Scheibli (SP):

- a) In Anbetracht der Orientierung durch den Stadtbaumeister Urs Affolter zum Traktandum Nr. 8, gelte es nun zuerst die Meldungen aus dem Vernehmlassungsverfahren abzuwarten, womit festgestellt werden könne, ob die vorgeschlagene Nutzung des Mühlesilos in die richtige Richtung gehe. Bis zur dieser Feststellung stehe der Ludothek der jetzige Standort zur Verfügung.
- b) Mit Verweis auf das Vernehmlassungsverfahren lasse sich diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten.
- c) Der Gemeinderat sei sich selbstverständlich bewusst, dass eine Unterbringung an einem anderen Ort die Auseinandersetzung mit Alternativen voraussetze. Bis anhin sei dies jedoch noch nicht geschehen.
- d) Nein, bis anhin habe aber auch kein Anlass bestanden, Verhandlungen aufzunehmen.



■ **Fragen von Stadtrat Daniel Steiner (EVP) betreffend Betreuungsgutscheine für die externe Kinderbetreuung:**

Der Bund unterstützt im Rahmen eines Impulsprogrammes Pilotprojekte von Kantonen, Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Einführung von Betreuungsgutscheinen für die familienergänzende Kinderbetreuung. Kürzlich hat der Stadtrat von Bern entschieden, bei diesem Pilotprojekt mitzumachen.

- a) *Wie stellt sich der Gemeinderat zur Idee von Betreuungsgutscheinen für die familienergänzende Kinderbetreuung?*
- b) *Kann sich der Gemeinderat vorstellen, ein Pilotprojekt mit Betreuungsgutscheinen zu initiieren - allenfalls in Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden?*

■ **Antworten von Gemeinderat Reto Müller, zu den Fragen a) + b) von Stadtrat Daniel Steiner (EVP):**

Die in dieser Form an den Gemeinderat gestellten Fragen seien für ihn als einzelnen Gemeinderat etwas schwierig zu beantworten. Trotzdem versuche er, Antworten auf die Fragen zu geben.

Zur Ausgangslage: Die Stadt Langenthal habe heute mit dem Krippenverein eine Leistungsvereinbarung, welche auf der Grundlage des lastenausgleichsberechtigten "Angebot zur sozialen Integration ASIV" den kantonal verbindlichen einheitlichen Sozialtarif zur Abgeltung an die Institutionen Windrose und Schülertagesstätte garantiere, welche im Gegenzug die durch den Kanton bewilligten Plätze für die Stadt Langenthal anbiete.

Die interfraktionellen Motionäre in Bern wollen nun diese Objektfinanzierung durch direkte Unterstützungsleistungen (sogenannte Subjektfinanzierung) an die Eltern ersetzen. Dadurch könnten die Eltern selber aussuchen, in welche KiTa der Stadt Bern (staatliche oder private) sie ihre Kinder schicken wollen. Diese abgestuften Beiträge in Form von Gutscheinen, sollen künftig erwerbstätigen Eltern mit einem steuerbaren Einkommen von unter CHF 100'000.00 zukommen. Die Idee dahinter sei, dass durch den einsetzenden Wettbewerb und Markt mit den Gutscheinen mehr Plätze entstehen und dadurch in Bern die enorme Warteliste von 750 Kindern abgebaut werden könnte.

Laut Auskunft des zuständigen Leiters des Jugendamtes Bern, Herrn Häberli, stelle die überwiesene Motion die Stadt Bern vor zahlreiche zu lösende Probleme. Noch sei die Kompatibilität mit der ebenfalls hängigen Initiative der SP für einen garantierten KiTA-Platz noch nicht rechtlich abgeklärt. Zudem würden diverse rechtliche Abklärungen bezüglich der Finanzierbarkeit des Anliegens laufen. Der Kanton wolle zuerst das konkrete Projekt vorliegend haben und entscheide erst dann, ob eine Subjektfinanzierung gemäss ASIV auch lastenausgleichsberechtigt sei.

Der Einleitungstext der vorliegenden Fragen sei nicht ganz korrekt, weil auch der Bund nämlich zuerst das konkrete Projekt vorliegend haben wolle und auch erst dann entscheide, ob er sich während maximal 3 Jahren zu maximal 30% am Projekt beteiligen wolle. Falls der Bund oder der Kanton die Unterstützung des Projektes in Bern - das binnen zweier Jahre gemäss Parlamentsbeschluss umgesetzt werden müsste - ablehnen, so müsste der Berner Gemeinderat wiederum vor das Parlament treten. Diese Ausgangslage käme einem finanziellen Fiasko gleich. Die von verschiedenen Parteien eingereichte Motion - welche dem Einlösen von Wahlversprechen in Bern gleiche - wäre nicht umsetzbar. Das Projekt sei zudem riesig. Es umfasse bereits heute 1'000 Betreuungsplätze (Langenthal verfüge momentan über 50 Plätze).

Die Stadt Luzern erhalte seit letztem Jahr bewilligte Beiträge vom Bund. Gemäss Aussagen von Frau Wyrsh, Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie in Luzern, würden zur Zeit 32% der unter 4-jährigen Kinder fremd betreut. Im alten Finanzierungsmodell seien es 21% gewesen. Es habe also eine Steigerung (ebenfalls bei den Betreuungsplätzen um 31%: heute 514 Plätze) stattgefunden.



Der Luzerner Stadtrat habe diesbezüglich nun mehr Gelder sprechen müssen, da die familienexterne Kinderbetreuung im Kanton Luzern immer rein durch die Gemeinden zu finanzieren gewesen sei. Dort gebe es also die diesbezügliche Hürde des Lastenausgleichs nicht zu nehmen. Dadurch könne die Stadt Luzern nun die Vorteile der Subjektfinanzierung ausspielen.

Welche Voraussetzungen sollten bei einem Systemwechsel in Langenthal also unbedingt vorhanden sein?: Es brauche die kantonalen ASIV-Beiträge des Lastenausgleichs. Es brauche eine Nachfrage an Plätzen und auf der anderen Seite auch ein (grösseres) Angebot an Plätzen.

Die Situation in Langenthal sei so, dass von Seiten des Sozialamtes durch die ab August 2010 einsetzende schulergänzende Tagesbetreuung eine Entspannung auf der Warteliste, welche 35 Kinder umfasse, erwartet werde. Der Krippenverein werde sich mehr auf die Vorschulkinder konzentrieren können. Zudem plane der Gemeinderat den Ausbau der Tagesstätte auf August 2011 um 10 Plätze. Dieser Kredit werde an der nächsten Stadtratssitzung zur Beschlussfassung vorgelegt. Das Sozialamt rechne also damit, dass sich binnen der nächsten 1½ Jahre Angebot und Nachfrage ausgleichen werden und, dass damit verbunden eben gar kein Markt entstehen könne, wenn sich Angebot und Nachfrage decken.

Des Weiteren werde sehr interessiert beobachtet, wie die Stadt Bern das Projekt umzusetzen gedenke und welche anderen Finanzierungen damit verbunden im Kanton Bern künftig möglich sein werden. Das System spiele eigentlich keine Rolle, insofern die Plätze in ausreichender Anzahl vorhanden seien. Als einzelner Gemeinderat empfehle er deshalb, im Moment, die Entwicklung und weiteren Schritte der Stadt Bern abzuwarten.

Antworten zu den konkreten Fragen:

- a) Der Gemeinderat habe diese Idee noch nicht beraten.
- b) Der Gemeinderat habe auch darüber noch nicht beraten. Das Sozialamt rate von einem Pilotprojekt ab und empfehle, von sich aus im Moment - auf Grund aller vorangegangener Ausführungen - die Umsetzung der Stadt Bern abzuwarten.

■ **Fragen von Stadtrat Manuel Ischi (glp) betreffend das Kabelnetz auf Glasfasertechnologie:**

In wie weit plant die Stadt Langenthal (zusammen mit den Industriellen Betrieben IBL) den Umstieg vom schon etwas in die Jahre gekommenen Kabelnetz auf Glasfasertechnologie)

■ **Antwort von Gemeinderätin Christine Bobst, zur Frage von Stadtrat Manuel Ischi (glp):**

Der Fragesteller gehe davon aus, dass das Kommunikationsnetz der ibl-Renet schon etwas in die Jahre gekommen sei, was aber nicht zutreffend sei, weil der Erneuerungsprozess bereits seit etwa 10 Jahren am Laufen sei. Seit 11 Jahren sei die IBL in den Glasfaserverbund der Besonet integriert. Der Zubringer der Besonet zur ibl-Renet sei bereits 1999 in Lichtwellenleiter-Technik (LWL-Technik = Glasfasernetz) gebaut worden. Der Zubringer der ibl-Renet zu den regionalen Ortszentren (wie beispielsweise Langenthal) sei bereits ab 2001 ausschliesslich mit LWL-Technik gebaut worden. Das primäre Kommunikationsnetz der Stadt Langenthal (Kopfstation zu den Quartieren) sei auch vollumfänglich in LWL-Technik realisiert.

Gleichzeitig hätten schon sehr viele Kunden mit hohem Leistungsbedarf (Industrie- und Gewerbekunden, einzelne Private) bereits heute direkte LWL-Anschlüsse (Beispiel für eine private Person: Überbauung Hopferenfeld im Hard, bezugsbereit am 1. Juni 2010). Das Ziel der IBL sei, die Feinerschliessung (sekundäre Erschliessung) fortlaufend anzugehen und in Angriff zu nehmen. Diese schrittweise Erschliessung heisse nun aber nicht, dass das Netz nicht à-jour sei. Auch wirtschaftlich sei das Netz gegenüber der Swisscom konkurrenzfähig. Mit Quickline.com würden sich bereits 50 Megabites downloaden lassen, wogegen die Swisscom momentan 20 Megabites anbiete.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 1. März 2010

Auf Quickline werde zudem ab 1. April 2010 auf ein neues Angebot mit dem Namen Verte (analoges und digitales Radio- und TV-Programme) hingewiesen. Das Kabelfernsehnetz sei somit absolut nicht in die Jahre gekommen, sondern für die schnelle kommunikative Zukunft fit und gut gerüstet.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 A. Eingereichte Motion Freudiger Patrick und Schaller Albert (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum"

Motionstext:

"Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum"

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu Händen des Stadtrates

- *eine Vorlage auszuarbeiten, mit welcher die Stadt Langenthal mit Zustimmung der Kantonspolizei Videokameras an neuralgischen Stellen im öffentlichen Raum bzw. zum Schutz gefährdeter öffentlicher Gebäude installieren kann (insbesondere Bahnhof, Affenplatz, Schulareal Kreuzfeld).*

Begründung:

Mit der Teilrevision des PolG vom 4.9.2008 ist es Gemeinden möglich, mit Zustimmung der Kantonspolizei an öffentlichen/allgemein zugänglichen Räumen bzw. zum Schutz öffentlicher/allgemein zugänglicher Gebäude Videokameras zu installieren (Art. 51a und b PolG, Art. 8 VidV).

Solche Kameras eignen sich für jene Örtlichkeiten, wo erfahrungsgemäss das Risiko von Rechtsbrüchen erhöht ist sowie dort, wo Räume durch ihre Beschaffenheit zu kriminellen Aktivitäten geradezu einladen. Das betrifft in Langenthal insbesondere die Bereiche Bahnhof, Affenplatz und Schulareal Kreuzfeld. Die Aufzählung ist selbstverständlich nicht abschliessend und kann bei der Ausarbeitung der konkreten Vorlage angepasst werden.

Die Polizeieinheiten können nicht ständig in den Räumen mit erhöhtem Risiko von Rechtsbrüchen präsent sein. Um auch an diesen Orten rund um die Uhr mehr Sicherheit zu schaffen und gleichzeitig die Einheiten der uniformierten Polizei entlasten zu können, drängt sich die Installation von Videokameras auf. Um berechtigten Bedenken des Datenschutzes Rechnung zu tragen, sind die Videokameras auf neuralgische Stellen zu beschränken.

Die Umsetzung der Motion kann in das zu erarbeitende Sicherheitskonzept einfliessen."

Patrick Freudiger, Albert Schaller und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 B. Eingereichte Motion Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: Zukunftssicherung Pensionskasse

Motionstext:

"Zukunftssicherung Pensionskasse (gemäss Art. 34 Geschäftsordnung des Stadtrates)

Im Zusammenhang mit der zur Zeit laufenden Teilrevision des Pensionskassenreglements wird der Gemeinderat beauftragt, dem Stadtrat neben der vom Gemeinderat favorisierten Variante Leistungsprimat gleichzeitig als Alternative auch eine Variante Beitragsprimat vorzulegen. Dabei sollen grundsätzlich beide Varianten bei voller Beitragsdauer zu ähnlichen Leistungen führen.

Begründung:

Seit Herbst 2005 ist bekannt, dass die Pensionskasse der Stadt Langenthal mit den reglementarischen Beiträgen die Lohnerhöhungen nicht vollumfänglich finanzieren kann und der angewandte technische Zinssatz zu hoch ist. Trotz dieser Erkenntnis hat es über vier Jahre gedauert, bis der Gemeinderat eine entsprechende Anpassung des Pensionskassenreglements in Auftrag gegeben hat. Dieses Beispiel veranschaulicht die Schwerfälligkeit des Leistungsprimats. Durch die zu geringe Finanzierung der versprochenen Leistungen hat sich der Deckungsgrad unserer Pensionskasse in den letzten Jahren von über 115% (Jahr 2005) stetig verschlechtert und betrug Ende 2008 weniger als 100%.

Unserer Pensionskasse sind neben der Stadt Langenthal auch weitere Arbeitgeber angeschlossen. Einzelne dieser Arbeitgeber überlegen sich derzeit, die Kasse zu wechseln, wenn in absehbarer Zeit kein Primatswechsel erfolgt. Um unsere Pensionskasse zu stärken gilt es, solche Abgänge zu verhindern.

Eine nach dem Beitragsprimat organisierte Pensionskasse kann sich rascher veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Auch den Bedürfnissen von Mitarbeitern mit wechselnden Pensen - insbesondere bei gegen die Pensionierung reduzierten Pensen - entspricht das Beitragsprimat wesentlich besser."

Markus Gfeller und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11 C. **Eingereichtes Postulat Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Park and Charge" (Ladestation für Elektromobile)**

Postulatstext:

"Park and Charge"

Der Gemeinderat wird gebeten, die Einführung von Ladestationen für Elektromobile gemäss der Idee Park and Charge¹ in Langenthal zu prüfen.

Begründung:

Zu den Aufgaben einer zukunftsorientierten Energiestadt der Schweiz gehört die Förderung von ökologisch nachhaltigem Verkehr. Bereits heute stehen den Besitzerinnen und Besitzern von Elektromobilen rund 300 Ladestationen im In- und Ausland zur Verfügung. Die Herausforderung der heutigen Generation ist es, ein engmaschiges Netz von Elektro-Tankstellen zu errichten.

Laut Ecocar² finden Elektromobile in der Bevölkerung immer eine grössere Beliebtheit. So wurden 2009 massiv mehr Elektrofahrzeuge immatrikuliert als noch ein Jahre zuvor. Damit dieser Trend auch in Zukunft anhalten wird, müssen auf der einen Seite die Technik weiter entwickelt und auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen für solche Fahrzeuge optimiert werden.

Als Stadt mit Zentrumsfunktion stellt Langenthal optimale Voraussetzungen für dieses Park and Charge System dar. Nicht zuletzt, weil auch Auswärtige nach Langenthal einkaufen kommen und dies in Zukunft mit dem Elektromobil erledigen können. Aus diesem Grund wären geeignete Standorte sicherlich in der Nähe der grossen Einkaufszentren (Migros, Coop, usw.) zu suchen.

Vor kurzer Zeit unterschrieben verschiedene wichtige Vertreter (Post, Flyer, E'mobile, usw.) die Charta von Luzern. Mit dieser Erklärung will man dem Elektroauto zum entscheidenden Durchbruch verhelfen. Folgen wir diesem Beispiel und unternehmen wir alles für eine Stadt Mögliche, um diese saubere Mobilitätsform zu unterstützen."

Pierre Masson und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulat erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

¹ Elektromobilclub der Schweiz, <http://www.park-charge.ch/d/index.htm>

² Schweizerische Agentur für effiziente Strassenfahrzeuge, <http://www.ecocar.ch>



DE FR IT EN



Stromtankstellen

Park & Charge bringt Sie weiter



Stromtankstellen

Park & Charge

- Home
- Übersicht
- Aktuell
- Kontakt
- Standorte/LEMnet

Benutzer

- Info
- Anmeldung
- Preisliste
- Bedingungen

Betreiber

- Info
- Modelle
- Infrastruktur
- Documents

Diverses

- ECS
- links



Park & Charge ist eine Dienstleistung des ECS, Elektromobil Club der Schweiz

Um die Reichweite der E-Mobile zu vergrössern sind heute in der Schweiz und im Ausland schon über 300 Ladestationen installiert. Die Standorte der Ladestationen werden im **LEMnet** publiziert. Auf für E-Mobile reservierten Parkplätzen werden einfache, abschliessbare Ladestationen aufgestellt, die alle notwendigen Sicherungseinrichtungen aufweisen. Zugang dazu haben Park & Charge Benutzer. Da die E-Mobile im allgemeinen energieeffizient sind, werden an den Park & Charge Ladestationen relativ kleine Strommengen umgesetzt. Eine sinnvolle Infrastruktur zum Nachladen der Batterien muss also im Bau und im Betrieb möglichst kostengünstig sein. Durch Verzicht auf aufwendige Technik und mit einfachsten organisatorischen Massnahmen wie der pauschalen Verrechnung der bezogenen Energie, werden auch die administrativen Kosten sehr tief gehalten.

Das Ziel ist es, im Interesse der Förderung des E-Mobils ein relativ dichtes, engmaschiges Netz von einfachen Ladestationen zur Verfügung zu stellen.

Vorteile, die für Park & Charge sprechen

- Dank einfacher Technik, geringe Anschaffungs- und Installationskosten
- Geringer Wartungsaufwand
- Geringe Gesamtkosten für die Benutzer und Betreiber
- Betriebssicherheit (keine Elektronik)
- Kein Eigenstromverbrauch
- Lange Lebensdauer
- Kein Anreiz zu Einbruch
- Einfach in der Handhabung

Informationen

- [Standorte](#), weitere siehe [LEMnet](#)
- [Planung Park & Charge](#) (Feb. 2000)

Protokollauszug an

- Gemeinderat